

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mt., für einen Monat 5.— Mt., Beleggeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa., Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4508. — **Postkontonr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4508

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle ober deren Raum 1.90 Mt. bei Platzvorkauf 2.30 Mt.; Familienanzeigen für die Zeile 1.70 Mt. Reklame-Kolonelle 7.50 Mt. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Das Verschwörer-Netz Bayern.

Die „unauffindbaren“ Kapp-Putschisten in Bayern.

Berlin, 18. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Unser Berliner Korrespondent erzählt aus zuverlässiger Quelle, daß General Kitzing sowohl wie auch Oberst Bauer und Major Bischoff ihren Aufenthalt nach Bayern verlegt haben. Sie üben dort ihre Tätigkeit in der Organisation neuer reaktionärer Truppenaufstellungen aus. Die zuständigen Stellen sind infolge der politischen Lage nicht dazu imstande, irgend etwas Ernsthaftes gegen das Treiben der kappistischen Verschwörer zu unternehmen.

Die „zuständigen Stellen“ (d. h. die Regierung bzw. ihre Organe) sind nicht in der Lage, etwas Ernsthaftes gegen die Verschwörer zu tun! Weshalb nicht? Weil in Bayern der Belagerungsstand herrscht — nebenbei 3 Wochen vor den Reichstagswahlen; das Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie in München ist seit Wochen unterdrückt — und die Reichsregierung daher in Bayern nichts machen kann. (Es wäre denn die Aufhebung des durch nichts gerechtfertigten Belagerungsstandes, was sie offenbar nicht wagt!) Die bayerische Regierung v. Raab aber ist fleisch vom fleisch der Kappisten und begünstigt die Kappbände. Wie es in Bayern aussieht, davon erzählt v. G. v. S. in der neuesten Nummer der Welt am Montag-folgendes:

Der Sonderverwalter des B. L. in Bayern meldete kürzlich, daß die Wittelsbacher nach Bayern zurückgerufen worden wären, wenn sich Kapp-Rückzug nur ein paar Tage länger in Berlin gehalten hätten.

Die Wittelsbacher regieren noch nicht wieder in München, aber die Wittelsbachererei hat in Bayern seit dem 13. März offen ihre Herrschaft angetreten. Der bayerische Kapp ist Dr. Helm, der bayrische Kitzing ist General v. Kitzing. Was die Herren von den preussischen Putschisten unterscheidet, ist nur, daß sie schäner sind. Sie haben völlig „gefegelmäßig“ den verbandenen Militarismus und Kapitalismus mit monarchistischem Hintergrund aus Ruder gebracht. Der Ministerpräsident, der protestantisch-konservative Herr v. Raab, ist lediglich ihr Instrument.

Bayern ist die Hochburg der deutschen Reaktion geworden. Hier können die zaristischen Russen ihre dunklen Pläne schmieden. Hier können die Hohenzollern lächelnd ihre Verbrechen über die Bedeutung eines Staatsvertrages in der deutschen Republik anstellen. Hier können die Bakunin sich von den Strapazen des letzten Bürgerkriegs erholen und frische Kräfte für den neuen Kampf sammeln. Hier wütet der Belagerungsstand mit einer Schärfe gegen links, die sich in den willkürlichsten Verhaftungen und Verböten äußert, die z. B. durch das zeitlich unbegrenzte Verbot des Münchener Organes der Unabhängigen eine ganze große Partei für den Wahlkampf einfach mundtot zu machen versucht. Hier hat in dem Münchener Polizeipräsidenten Pöhlner Herr v. Jagow fröhliche Urständ erlebt. Hier findet man in jedem Nest Blakate für die „Bayerische Königsparade“ und ihr Organ, den „Bayerischen Königsboten“. Hier sind sogar die jüdischen Rechtssozialisten, die einst das Todesurteil gegen Levine richtig vollstreckten, aus der Regierung ausgespart. Allerdings — die „Demokraten“ machen noch mit! Aber welcher Couleur diese Schutzhülfe der bayerischen Reaktion sind, dafür spricht die Tatsache, daß sie den bisherigen Verordneten Däubler wegen seines wirklich nicht extremen Pazifismus aus ihrer Kandidatenliste ausgespart haben.

Wie der Kampf für die Republik belohnt wird!

Berlin, 18. Mai. (L. U.) Der Reichsrat hat gestern mit 39 gegen 15 Stimmen die Verordnung über die Entschädigung der Arbeitnehmer für Verluste an Arbeitseinkommen aus Anlaß des Generalstreiks abgelehnt.

Man wundert sich über nichts mehr! Wollen die Herren von der Koalitionsregierung den Arbeitern sagen, daß sie sich ein zweitesmal nicht um die Rettung dieser Regierung vor einer Wiederholung des Kapp-Putsches bemühen sollen? Vielleicht rechnen sie darauf, daß die Arbeiterschaft um ihrer eigenen Sache willen die Republik verteidigen muß? Das ist richtig, um so mehr aber muß das Verhalten der jetzigen Machthaber, daß gegen die Koalition erwidert, die den Gedanken der Republik diskreditiert. Man halte zu dieser Behandlung der Arbeiter die Mißhandlung und Misshandlung der „verfassungstreuen Truppen in der Reichswehr — Gall Dorfschäfer und andre —, die Justizschande im Ruhrrevier, die rücksichtslose Behandlung oder besser gesagt Beanspruchung der Kapp-Offiziere und der andern Kapp-Verbrecher, von denen noch kein einziger verurteilt ist. Und dann könnte man sich wirklich fragen, ob diese Koalitionsregierung Milder-Gesichter etwa mit voller Absicht Selbstmord begeht! Man könnte vermuten, daß das nach rechts schwenkende Zentrum durch seine in der Regierung sitzenden Vertreter die Koalition vor den Wahlen noch recht kräftig diskreditieren versucht, um die Wahlsicherheit eines bürgerlichen Regiments nach den Wahlen zu schaffen. Die

Rechtssozialisten sind zu schwach und zu spartakistenfeindlich, um diese Jesuitentat zu durchzuführen oder gar zu durchkreuzen. Die Arbeiterklasse muß bei den Wahlen alles aufbieten, um diesem System der bürgerlich-rechtssozialistischen Koalition ein Ende zu machen.

Das Ruffenlager in Altengradow.

Berlin, 18. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Zum Zwecke der Untersuchung des Materials, das über die Treibereien im Ruffenlager Altengradow von der Magdeburger Volksstimme und der Freiheit veröffentlicht worden war, war gestern eine Kommission des Heeresabwühlungsamtes, an der auch unser Berliner Korrespondent teilnahm, nach Altengradow gesandt worden. Es wurde festgestellt, daß die dortigen Vermont-Russen ohne jede Aussicht sich frei in dem nicht eingezäunten Lager bewegen können. Eine Bewachungskompanie besteht nicht. Die russischen Truppen besitzen ihren eigenen Kommandeur mit Strafgewalt. Die Offiziere sind zum großen Teil noch im Besitze ihrer roten Blanken Waffen. Sie bewegen sich mit sämtlichen Orden und Ehrenzeichen frei auf dem Truppenübungsplatz Altengradow. Es kann nicht aseasoniert werden, daß in der Tat mehrfach Bezüge von Werbungen vorgekommen sind, so in der letzten Zeit durch mehrere Werber. Ein Teil der Werbungen ist zwar als regulär angesehen worden und von dem Heeresabwühlungsamt und Herrn Kapp genehmigt worden. Es handelt sich um Landarbeiter für Ostpreußen. Aber auch hier ist große Vorsicht am Platze, da die tatsächliche Verwendung der Angeworbenen kaum einwandfrei festgestellt werden könnte. Es ist dringend erforderlich, daß dem Zustande in Altengradow ein Ende bereitet wird. Das Lager macht den Eindruck eines Wallensteinlagers, in dem Frauen und unverheiratete Mädchen, Schwestern und Angestellte mit den Soldaten zusammenleben. Das Heeresabwühlungsamt hat sich davon überzeugt, daß die Aufrechterhaltung dieser Zustände nicht länger möglich ist und wird in Kürze für den Abtransport eines großen Teiles des Lagers in andre Gefangenenlager sorgen.

Ob dort Werbungen für die gegenrevolutionären Armeen, die wider Sowjetrußland aufgestellt werden, besser vorgebeugt wird? Wir sind in dieser Hinsicht sehr skeptisch!

Der Wortbruch in Bermanenz.

Die Ruhrrevier-Julijshande.

Berlin, 18. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Freiheit veröffentlicht heute morgen acht Urteile aus dem Ruhrgebiet über Mitglieder der „Roten Armee“, die keine sonstigen Delikte begangen haben und lediglich wegen ihrer Teilnahme an den Kämpfen der Roten Armee oder auch nur als Posten in den einzelnen Städten zu 6 Monaten bis zu einem Jahr Gefängnis und drei Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden sind.

Die Regierung läßt also ungerührt durch alle Proteste und Hilferufe, ungerührt selbst durch Mahnungen aus dem Lager der Rechtssozialisten, wie wir erst gestern eine veröffentlicht haben, ihr wiederholt verpöndeltes Wort aus schmachthafte brechen. Die Kriegsgerichte speisen auf die Regierungserklärungen und die Regierung sieht dem stillschweigend zu. Der Skandal wird jeden Tag größer. Wird die Nationalversammlung bei ihrem morgigen Zusammentritt die Regierung stellen?

Die endgültigen Wahlziffern in Braunschweig.

Braunschweig, 17. Mai. Bei den gestern im Reichsamt Braunschweig stattgefundenen Wahlen zur Landesversammlung entfielen auf die Liste der Mehrheitssozialisten 32 080, des Landesverbandes (Bürgerl. ohne Demokraten) 83 378, der Demokraten 21 225, der Kommunisten 2402, der Unabhängigen 81 310. Eine Anzahl Ortsparteien steht noch aus. Bei der letzten Landtagswahl im Dezember 1918 erhielten die Sozialdemokraten 58 759, der Landesverband 55 621, die Demokraten 40 293, die Unabhängigen 51 072. Die Kommunisten hatten 1918 keine eigene Liste aufgestellt.

Die noch ausstehenden Ortsparteien dürften an dem Ergebnis nicht mehr viel ändern. Wir haben demnach einen stolzen Erfolg der unabhängigen Sozialdemokratie, die ihre Stimmenzahl um 20 048 erhöhte, noch an über 3000 Stimmen mehr, als die Rechtssozialisten verloren (26 079). Die vereinigten reaktionären bürgerlichen Parteien (Deutschnationale Deutsche Volkspartei, Welfen usw.) sind freilich auch um 27 757 Stimmen gewachsen, die sie zum Teil den Demokraten abgenommen haben dürften, die um 24 708 Stimmen zurückgingen. Fast bedeutungslos sind die Kommunisten.

Eine sozialistische Mehrheit wäre da — 116 452 sozialistische gegen 104 808 bürgerliche Stimmen —, wenn man die Rechtssozialisten zu den Sozialdemokraten rechnen darf! Das muß sich erst erweisen — ihre bisherige Praxis sprach eher für das Gegenteil. Aber vielleicht bewirkt diese Erfahrung eine Umkehrung und Umkehr!

Um die Einwohnerwehren.

Der zühilfliche „Ortschutz“ in Sachsen.

Die wichtigste Forderung der sozialistischen Arbeiterschaft nach dem Kapp-Putsch war die auf Bewaffnung der Arbeiterschaft. Das Proletariat wollte nicht mehr schutzlos den reaktionären Militärs, Zettfreiwilligen und Bauernwehren ausgeliefert sein. Dieser Forderung wurde von der sächsischen Volkskammer insofern Rechnung getragen, als sie in ihrer Sitzung vom 16. März beschloß, überall Einwohnerwehren zu bilden, die sich zu 1/2 aus organisierten Arbeitern und Angestellten und zu 1/2 aus Angehörigen der demokratischen Partei zusammensetzen sollten. Deutschnationalen und Deutschen Volksparteilern, die sich als offene und versteckte Feinde der Republik erwiesen hatten, sollte der Beitritt verweigert werden. In vielen Städten, so auch in Leipzig, wurden von den sächsischen Ortsparlamenten unter dem Eindruck des Kapp-Putsches vorbereitende Ausschüsse für die Bildung dieser Wehren eingesetzt. Auch in den Arbeiterorganisationen wurden die Vorarbeiten geleistet.

Das erschrockene sogenannte „demokratische“ Bürgertum hat sich allerdings recht bald von jenem Beschluß wieder abgewandt. Aus Furcht vor ihrem Besitz werfen sich die demokratischen Kammerherren der offenen Reaktion in die Arme.

Auch die Rechtssozialisten haben bald die Forderungen wieder verleugnet, die sie im Revolverkampf gemeinsam mit der unabhängigen Sozialdemokratie aufgestellt hatten. Erleichtert wurde ihnen dieser Herrat durch die Stellungnahme der Ententemächte gegenüber den Einwohnerwehren, die in diesen eine Neuauflebung des alten Militarismus erblickten. Inwieweit die Militärs der Ententemächte, vor allem Frankreichs, von reaktionären deutschen Kreisen zum Vorgehen gegen die Einwohnerwehren ermuntert wurden, gelangt hoffentlich noch einmal auf den Tisch. Es ist schon sehr eigentümlich, daß ausgerechnet in dem Augenblick, wenn die Einwohnerwehren vorgegangen sind, wo die Arbeiterschaft einen Einfluß auf sie bekommen soll. Noch eigentümlicher wäre es, wenn zutreffen sollte, was jetzt aus Bayern gemeldet wird, daß nämlich Bayern seine Einwohnerwehren behalten dürfte, die sich bekanntlich nur aus streng reaktionären Elementen zusammensetzen! Die weiße Internationale würde da ein treffliches Mittel von Soldatentum zum besten geben.

Die sächsische Regierung hat sich bereit, den angeblichen Wünschen der Ententemächte nachzukommen. In einem Rundschreiben vom 3. Mai 1920 teilt sie den Gemeinden mit, daß sie sich den Forderungen der Ententemächte füllen müsse. Der restlosen Auflösung der Einwohnerwehren stehe jedoch die Notwendigkeit gegenüber, angesichts der noch immer bestehenden Gefährdung der öffentlichen und persönlichen Sicherheit und der unzureichenden finanziellen Mittel eine freiwillige Organisation der auf dem Boden der verfassungsmäßigen Ordnung stehenden Bevölkerung zu ihrem Schutz beizubehalten. So erwünscht es wäre, mit der Umorganisation der Wehren zu warten, bis die endgültige Entscheidung des Landesverbandes vorliegt, so erfordert doch die Erhaltung und Wiederherstellung der Staatsautorität, daß dem letzten negativen Zustand der Wehren schnellstens ein Ende gemacht wird.

Was die Regierung damit meint, läßt sich aus den beigefügten Richtlinien erkennen. Die neue Wehr, genannt „Ortschutz“, soll ein freiwilliger Schutz für Leben und Eigentum werden und besonders zum Schutz und Erhaltung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse dienen. Vor allen Dingen aber soll der Ortschutz die Wiederergewinnung der in unberechtigten Händen befindlichen Waffen mit allen Mitteln betreiben. Die Amts- und Kreisbauernschaften sollen sich namentlich der Entwaffnung mit allem Nachdruck widmen. Zu diesem Zwecke soll der „Ortschutz“ in den Städten der Ortsparteiorganisationen unterliegen, in den übrigen Gemeinden diesen unter Mitwirkung der Amtsbauernschaften.

Die Führer sollen von den Angehörigen der Wehr selber mindestens auf die Dauer eines Jahres gewählt werden, müssen aber von den Kreisbauernschaften bestätigt werden. Die Bewaffnung, die nach Art und Grad auf das unbedingt nötige Maß eingeschränkt werden müsse, bedarf der Genehmigung der Kreisbauernschaften. Die Waffen sollen in den Städten von der Polizei, in den übrigen Gemeinden von den Amtsbauernschaften verwahrt werden. Die Umbildung soll bis zum 30. Juni erfolgt sein.

Die Mitglieder des Ortschutzes sollen also nach dem Willen der Regierung eine Art freiwilliger Nachwächter für die Hüter der Bestehenden werden. Kein Wort wird mehr davon gesprochen, daß es der Arbeiterschaft vor allen Dingen darauf ankomme, ein Gegengewicht gegen die in den Händen der monarchisch-kapitalistischen Gegenrevolutionäre befindlichen Reichswehr- und Zettfreiwilligenformationen zu schaffen. Um diesem

Waffenlos soll die Arbeiterkassette noch gemacht werden und dazu sollen auch noch die Ortskomitee ihre Hilfe bringen. Unter der Phrase von der Gefährdung des Lebens durch Rente, in deren Händen unberechtigterweise Waffen sich befinden, verbirgt sich das Bestreben, ein neues gegenrevolutionäres Instrument, im besten Falle aber eine stumpfe Waffe ohne Fests und Klinge zu schaffen. Die Polizeibehörden und Amtshauptmannschaften werden es sich schon angelegen sein lassen, in dieser Richtung zu wirken. Und da sie im U.S. der Waffen sind, haben sie es jederzeit in der Hand, den Ortskomitee lahmzulegen. Wenn in Zukunft also Rapp oder ein anderer seines Schloßes einen neuen 18. März arrangiert, dann wird er sich der Polizeibehörden verschern und alle „Gefahr“ von Seiten des Ortskomitee ist gebannt.

Ueber die Vorschrift, daß jeder, der sich zum Ortskomitee meldet, eine Erklärung abzugeben hat, daß er auf dem Boden der verfassungsmäßigen Ordnung steht, werden sich unsere Monarchisten köstlich amüsieren und — hinwegsehen. Auch der vorgelegene Prüfungsausschuss wird die Wehr nicht zu einem Mittel gegen die Reaktion auszugestalten vermögen, ebensowenig die — noch nicht einmal voll zutreffende — Versicherung, daß der Ortskomitee eine Angelegenheit der Gemeinden sei. Die Gemeinden dürfen lediglich die Kosten bezahlen und zwar ohne oberbehördliche Genehmigung.

Die Neuorganisation des Ortskomitee kann also in keiner Hinsicht beschränkt werden.

Der neue rechtssozialistische Minister Mühs hat von seinem Vorgänger Mühs über besser von seinen Geheimräten ein Rundschreiben in die Welt gelegt erhalten, das hinanzuwerfen auch dieser als energischer Mann von seinen Genossen Erwählter nicht den Mut findet. Der Fall lehrt wieder, was von der bürgerlich-rechtssozialistischen Koalition zu erwarten ist. Sie ist nicht einmal fähig oder nicht gewillt, die Republik vor ihren Feinden von rechts zu schützen. Rostke ist genannt, aber die Rostkepolitik wird fortgesetzt. Wühler als der Schutz der Arbeiterschaft vor den Angriffen der Gegenrevolution ist den Demokraten, die den Rechtssozialisten in der Regierung die Bedingungen diktierten, der Schutz der Geldsäcke vor angeblichen Gefahren von links.

Wir haben hier, wie im Reiche, den glatten Wortbruch. Die Arbeiterschaft, die die Republik vor Rapp rettete, wird preisgegeben, ihre Forderungen nach Sicherung werden nicht erfüllt. Auf diesen Wortbruch heißt es am 6. Juni die Antwort geben. Die Wahlen müssen diese Richtlinien zerreißeln! Die Parteien, die sie beten, Rechtssozialisten und Demokraten, werden das auszubaden haben!

Die Spießlat von Sangerhausen.

Es bestätigt sich, daß die Milibade von Sangerhausen auf das verächtliche Treiben reaktionärer Spießlat zurückzuführen ist, die mit dem Bankverbrechen dem um seine Geldschränke bangenden Bürger eine wohlfeile Wahsparole liefern wollten. Dabei scheinen die Fäden der Anzeigerung der Parteien bis in die Zentren der reaktionären politischen Organisationen zu reichen. Es bestätigt sich aber auch, daß das Spießlat und seine Schreiber den zugeworbenen Willen mit behaglichem Grinsen aufpassen und unter Hinweis darauf, daß Sangerhausen nur den Auftakt zu dem „großen mitteldeutschen Kommunistenaufstand“ frei nach der Deutschen Zeitung habe abgeben sollen, eine wilde Bege gegen die Arbeiterschaft erneut loslassen. Allen voran schwingt natürlich der reaktionären demagogischen Sambourquast das ehle Herkules-Organ Leipziger Neueste-Nachrichten. Es sahelt etwas wie von einer „Generalprobe“ in Sangerhausen und schließlich sein edles Phantastengebilde mit der folgenden phantastischen Bezeichnung:

Das Bürgerium und die Kreise der Arbeiterschaft, die nicht von einer Räuberhölle nach rufischen, ungarischen oder wärischen Muster wissen wollen, haben daher allen Grund, der Entwicklung der Dinge mit großer Besorgnis entgegenzusehen. Wenn dann das Unwetter losbricht, dann mag sich die leise so intensive Regierung daran erinnern, daß sie allein die Schuld trifft. Wir haben oft genug unsere warnende Stimme erhoben, und die Generalprobe von Sangerhausen sollte eine Erfahrung sein, an der die Regierung ihren bisherigen Standpunkt des gerissenen Geheulens der Dinge noch einmal ernstlich nachprüfen sollte.

Mit anderen Worten: Weil irgendwo einmal ein Verbrechen vorgekommen ist, ein Verbrechen, das nur unter der eisernen Verwilderung der Moral durch den von oben gepredigten Krieg zu verstehen ist, deshalb solle nun so eine Art neues Sozialistengeheiß von der widererwarteten Reaktion eingeschleiert werden. Wenn sich die Herrschaften nur nicht über die schließlich unvermeidlichen Frechheiten solcher unverantwortlichen Geharbeit argen Missionen hinwegsetzen wollten!

Ueber den

Spießcharakter

des Sangerhausener Verbrechens berichtet jetzt das U.S.-V.-Organ des dortigen Bezirks, die Mandelfelder Volkszeitung, folgendes:

Den Auftakt machte eine gewisse Frau Hartmann, die im Winter 1918 unter dem Namen Schröder-Wahle schon in Wilhelmshafen eine läbliche Rolle spielte. Sie arbeitete damals im Ausstrage der reaktionären Sozialistenkreise und verschwand, nachdem sie sich ihrer Aufgabe glänzend entledigt hatte. Sie hat auch hier mit, die Kommunisten zu einem Putsch zu verleiten, der ebenfalls in eine Verabung der Reichsbank ausartete. Die Agentin Schröder-Wahle, die damals tätigen Anteil an dem bewaffneten Aufstand genommen hatte, wurde zwar verhaftet, aber schon am zweiten Tage wieder auf freien Fuß gesetzt. Nech tauchte dieses Weibsbild hier im Mandelfelder auf und noch ist es nicht gelungen, ihre habhaft zu werden. Neben dieser Person waren verschleierte Provokateure tätig. Auch innerhalb der kommunistischen Partei selbst beteiligten sich eine Anzahl dieser Spießlat, von denen anzunehmen ist, daß sie bezahlte Agenten waren, weil sie große Ausgaben machten, auf großem Fuße lebten, ohne arbeiten zu müssen. Zogenannte nationalsozialistische Kreise sind die eigentlichen Drahtzieher. Dies wird jetzt zum Teil auch von den Behörden eingesehen. Ein aufgefangerener Brief aus Offizierskreisen bestätigt einwandfrei diese Annahme.

Der nach außen auftretende Führer der Banditen war nach derselben Mandelfelder Volkszeitung ein gewisser Fris Schöber, der der organisierten Arbeiterschaft längst als Maulheld bekannt ist. Schöber, die Seele des Ganzen, stellt sich als Hölz vor. Da gerade Wochenmarkt war, wurden die Händler gezwungen, ihre Waren zu billigen Preisen herzugeben. So kostete

ein Ei 10 Pfennig, ein Schweinchen 50 Mark, Fleisch und Butter waren für Friedenspreise zu haben. Der Führer der U.S.V., Genosse Franzke, sowie der kom. Landrat, Gen. Schröder, die man bessere schaffen wollte, lächelten nach Cölechen. Die Kreisleitung der U.S.V. nahm sofort zu der Sachlage Stellung und kam zu dem Entschluß, mit Hilfe der Arbeiterschaft die Bewachung der gefährdeten Gebäude zu übernehmen. Im Laufe des Nachmittags traf der Zivilkommissar Krüger in Cölechen ein. In einer gemeinsamen Konferenz der Partei-

leitungen mit den städtischen und Kreisbehörden wurde beschlossen, daß die organisierte Arbeiterschaft zur Unterstützung der Polizei mit heranzuziehen sei.

Eine Veranziehung von Truppen
in das Mandelfelder Land (was ja wohl die eigentliche Absicht der Drahtzieher war) wurde sowohl von den Arbeitern wie Behörden abgelehnt. Inzwischen war von einem Beteiligten, der sein Gewissen erleichtern wollte, das Bekenntnis abgegeben worden, daß beschuldigt sei, in der Nacht einen Angriff auf die Banken in Cölechen zu unternehmen. So wurde in der Nacht die Bewachung der Banken, Post, Bahnhof und öffentlichen Gebäude durch die Polizei und organisierte Arbeiterschaft übernommen. Sämtliche Ortskassen der Mandelfelder Kreise wurden von der Kreisleitung sofort benachrichtigt, welche zum Teil ähnliche Vorkehrungen getroffen haben. Am gestrigen Tage wurde sodann von der organisierten Arbeiterschaft eine Wachverteilung organisiert, die mit der Polizei zusammen den Sicherheitsdienst vorläufig übernimmt.

Wenn nun auch diese Hand verdorrt?

In Nürnberg hat am Sonntag der dort als Kandidat der Rechtssozialisten aufgestellte Reichsanwalt Hermann Müller seine Wählerrede gehalten. Bemerkenswert aus den Ausführungen des Reichsanwalts, die die Fränkische Tagespost ausführlich wiedergibt, war die mit Nachdruck abgegebene Absageerklärung der Mehrheitssozialdemokratie an Stresemann. Müller führte über die je nach dem Ausfall der Wahlen sich ergebende Frage einer Neubildung der Regierungskoalition folgendes aus:

Wenn die Demokraten und die Deutsche Volkspartei mit dem Gedanken spielen, die Mehrheitssozialdemokratie könne mit der leichtgenannten Partei in eine Koalitionsregierung eintreten, so erklären wir: niemals! Darüber sind wir uns klar, daß auch ohne unsere Regierungsteilnahme nicht mehr gegen die Arbeiterschaft regiert werden kann.

Geht nun den ungünstigen Fall: eine sozialistische Mehrheit kommt nicht zustande — was wird nach diesem Willensschwur der Führer der Rechtssozialdemokratie zu tun haben? Da die Demokraten hauptsächlich zugunsten der Stressemänner wahrscheinlich soviel verlieren werden, daß auf der bürgerlichen Seite des Parlaments eben die letztere Partei die numerisch ausschlaggebende sein wird, so ist an ein Koalitionsregieren ohne die Deutsche Volkspartei gar nicht mehr zu denken, wenn man sich schon auf den rechtssozialistischen Standpunkt stellt, daß das Pattieren mit dem Bürgerium allein fertig macht. Anders ausgedrückt heißt das, daß die Mehrheitssozialdemokratie dann eben ihr Köfferchen in der Reichskanzlei und in den Ministerien schnüren muß und das Regieren allein der bürgerlichen Mehrheit überlassen muß. Wenn es soweit kommen sollte, werden wir es nicht unterlassen, Herrn Müller an diesen seinen feierlichen Eid in Nürnberg zu erinnern. Hoffentlich verdorrt das nicht Müllers Hand aus neue, wie sie schon einmal, mit dem Willen seines vielgeliebten Parteigenossen Scheidemann, bei der Unterschrift in Versailles hätte verdorren müssen. Die Rechtssozialisten waren immer groß im Versprechen und stolz wie die Spanier mit dem Mund. Aber fragt sie nicht nach ihren Taten!

Wie Herr Wirth den Sozialismus zu diskreditieren sucht.

Ein Zentrums-Wahlmandatver.

Aus Düsseldorf meldet L.M. unterm 18. Mai: Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärte gestern in einer Zentrums-Wahlerversammlung, daß zur Abwicklung des beschafften Auslandskredits die rechtzeitige Gründung einer Treuhänder-Gesellschaft dringlich ist, die großindustrielle Werke und tragfähige Organisationen angeht. Bei der Fortdauer der unrentablen Arbeit der deutschen Staatsbetriebe werde die Regierung schließlich gezwungen sein, die Staatsbetriebe ausländischen Kapitalgesellschaften zu übertragen, um weitere Auslandskredite zu erhalten.

Ein seines Kapitalienplänschen. Man lieder die Arbeiter der Staatsbetriebe der Kundgebung durch den Kapitalismus der Enteente aus, um selbst der heftigen Aufgabe, die Betriebe durch Verschönerung der Arbeitsbedingungen „rentabel“ zu machen, überhoben zu sein. Auf Umwegen aber erreicht man so die Verminderung der Lasten, die die Kapitalisten Deutschlands zu tragen hätten.

Wenn der Weg, den Herr Wirth hier vorschlägt, der einzige wäre, der uns bleibe, so wäre das die läßlichste Bankrotterklärung des kapitalistischen Systems, die denkbar ist. Herr Wirth hat freilich gedacht, damit einen Trumpf gegen den Sozialismus anzuspülen. Aber sein Kunststückchen kann doch nur volkswirtschaftliche Säuglinge blenden. Für den Denkenden ist es klar, daß Post und Eisenbahn stets vom Gang der Produktion abhängig sind. Sie würden sich sofort erholen und wieder rentabel werden, wenn das Wirtschaftsleben im ganzen wieder gesündete, wenn die Produktion gehoben würde. Das ist es eben, was fehlt. Und dazu brauchen wir den Sozialismus. Hätte also Herr Wirth recht mit seiner düsteren Voraussage, so hätte er nur ein Argument mehr für die Notwendigkeit des Sozialismus geliefert!

Ehrhardt als Spießgefelle Korihys.

Die Bremer Arbeiterzeitung veröffentlicht den Brief der Mutter eines Angehörigen der Marinebrigade Ehrhardt, aus dem hervorgeht, daß die Platanen, die heute im Munsterlager angeblich abgerüstet werden sollen, auf ihre Entloftung gar nicht denken, sondern im Munsterlager des weißen Schreckens, in Ungarn, mit Erlaubnis des norddeutschen „Reichsverweisers“ Korihys, ihr verbrecherisches Leben weiter forschen sollen. Es heißt in dem Brief: „... Mein Sohn hatte seinerzeit keine Arbeit, und ernähren konnte ich ihn nicht. Er meldete sich daher vor längerer Zeit in Berlin freiwillig und kam nach Döberly zur Brigade Ehrhardt. Nach dem Kaputt-Putsch kam er ins Munsterlager, wo er sich noch heute befindet. Jetzt höre ich von meinem Sohn, daß er weg will von der Truppe, daß man ihn aber dieserhalb Schwierigkeiten macht. Der Grund, warum er davon will, ist nach Aussage meines Sohnes der, daß er sich nicht mehr zu ungewissen Abenteuern mißbrauchen lassen wolle, weil die Brigade in ganz kleinen Abteilungen durch Bayern nach Ungarn geschoben werden soll, um jedenfalls an neuen Partunternehmungen teilzunehmen.“

Dann ist zu bemerken, daß schon vor einigen Tagen, nach der plötzlichen sentimental-verlogenen Verabschiedung Ehrhardts von seiner Truppe das Gerücht ging, daß der Verbredler-Kapitän nach Ungarn sich begeben hatte. Das wird nun durch den Brief zur Gewißheit, wie auch die weitere Vermutung, daß gerade die leicht reumührende ungarische Reaktion das Sammelbecken aller revolutionären Abenteurer gegen Sowjetrußland abgeben wird. Daß

die Abschiebung der Ehrhardttruppe nach Bayern erfolgt, bekräftigt die Angaben, daß die Reaktion in Bayern nicht nur das Best, sondern schon das Regierungsinstrument in Händen hat, denn die Putschschwierigkeiten würden alle in Bayern spielend gelöst werden.

Daß an eine Wertsung der im Kapitalkassenfeld stehenden reaktionären Truppenverbände keineswegs gedacht wird, beweist die Tatsache, daß sonat vielerorts neue Detachements aufgestellt worden. So berichtet das rechtssozialistische Parteiorgan in Magdeburg, daß auf dem dortigen Krupp-Gruson-Werk eine eigene Krupp-Wehr von der Firma organisiert wird, deren Angehörige 100 Mark monatlich bei freier Verpflegung erhalten. Die Soldner sollen, wie es den Anschein hat, jetzt sogar unmittelbar die Rolle einer Schutz- und Schließgesellschaft gegen die Sozialisierung spielen.

Verchwundene Waffen in Mecklenburg.

Der deutschnationale Abgeordnete v. Gräfe-Goldbecker hat dem Reichswehrminister einen Brief über den „Bolschewismus in Mecklenburg“ geschrieben, den der Lokalanzeiger und die übrige deutschnationale Presse mit Behagen nachdruckt. Herr v. Gräfe verlangt von der Regierung Schutz gegen die Bewaffnung der reaktionären Arbeiter in Mecklenburg und schreibt, es sei in geheimen kommunistischen Versammlungen bereits die Frage beraten worden, „ob man nur die Gütsbesitzer oder auch die Frauen und Kinder erschlagen solle“. Zu diesen Schauerwägen des Herrn v. Gräfe, an dem die Spitze der Reaktion ein williges Objekt für ihre lächerlichen Irreführungsvorlesungen fanden, schreibt der Vorwärts, daß der Chef der mecklenburgischen Sicherheitspolizei, Oberst Lange, bereits eine Antwort auf sie an die Adresse des Herrn v. Gräfe erteilt habe. Oberst Lange stellt fest, daß sich freilich massenhaft Waffen in Mecklenburg befinden, aber nicht im Besitz der Arbeiter, sondern in den Händen deutschnationaler Gütsbesitzer. Oberst Lange sagt in seinem Schreiben: Die mit vorliegenden Unterlagen über Waffenverteilung ergehen einige Unstimmigkeiten. So sind z. B. von Güstrow (der Wittow-Vorbesitzer Reichswehr. Red.) ausgeliefert worden an:

- Graf Basewitz-Dalwitz: 750 Gewehre, 37 500 Patronen. Angemeldet sind dort 1 leihendes Maschinengewehr und 12 Gewehre.
- Gütsbesitzer Paul Andrea, Dübendorf bei Güstrow: 750 Gewehre, 37 500 Patronen. Angemeldet sind 7 Gewehre.
- Rittmeister von Haehler: 750 Gewehre, 37 500 Patronen. Angemeldet sind 12 Gewehre.
- Gütsbesitzer Bode: 750 Gewehre, 37 500 Patronen. Angemeldet sind 9 Gewehre.

Die Mitteilungen des Obersten Lange sagen nichts Neues. Sie zeigen aber wieder einmal die grenzenlose Verlogenheit der Deutschnationalen vom Schlage des Herrn Gräfe, die in der Verbreitung von Tatsachen zu Wahlszwecken unerreichte Meister sind.

Reichstagswahlen unter dem Ausnahmezustand.

Berlin, 17. Mai. Der Reichsminister des Innern macht in einem Erlaß bekannt, daß nach reiflicher Prüfung die Aufhebung des in einem Teile Deutschlands noch bestehenden Ausnahmezustandes bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nicht angeht. Die Wahlaktion dürfte aus keinen Fall mündig eingeschärft werden; von Versammlungs- und Zeitungsverboten sei unbedingt abzulehnen.

Die Regierung will also selbst während des Wahlkampfes den Ausnahmezustand nicht aufheben. Gegen diese Einschränkung der Wahlfreiheit während der Wahlbewegung muß mit aller Schärfe Protest erhoben werden. Es ist natürlich nichts als leere Rederei, wenn in dem Erlaß gesagt wird, daß die Wahlaktion nicht eingeschränkt werden solle. In München ist unser Parteiblatt, Der Kampf, schon seit Wochen verboten und bis heute nicht freigegeben. Im besetzten Ruhrgebiet sind unsere Organisationen in diesen Orten vollständig lahmgelegt, an eine Wahlaktion und die ordnungsgemäße Erledigung der Wahlarbeiten durch die Oppositionspartei ist gar nicht zu denken, solange der Ausnahmezustand und die Schreckensherrschaft des Militärs weiter bestehen. Deshalb muß unbedingt gefordert werden, daß die Regierung ihren Beschluß ändert und den Ausnahmezustand endlich aufhebt.

Landtagswahlen in Mecklenburg.

Nach den Berliner Abendblättern sind bei den gestrigen Wahlen zum Landtage in Mecklenburg-Strelitz gewählt worden: Wirtschaftliche Vereinigung 10, Handwerker 5, Demokraten 5, Sozialdemokraten 14, Unabhängige 1. Die Rentner, die eine eigene Liste aufgestellt hatten, erhielten 1158 Stimmen, aber keinen Sitz. Im diesjährigen Landtage hatten die Sozialdemokraten 18, die Bürgerlichen 17 Sitze.

Die Wahlen in Danzig.

Bei den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung der freien Stadt Danzig wurden Stimmen abgegeben:
für die Unabhängige Sozialdemokratie 28 845 Stimmen, Deutschnationalen 42 250 Stimmen, Rechtssozialisten 29 700 Stimmen, Freie wirtschaftliche Vereinigung 14 750 Stimmen, Zentrumsparlei 21 128 Stimmen, Deutschdemokraten 18 342 Stimmen, Polen 9400 Stimmen.

Das Wahlergebnis bedeutet einen gewaltigen Erfolg für die U.S.P. und einen geradezu katastrophalen Zusammenbruch der Rechtssozialisten und Demokraten. Das zeigt sich deutlich, wenn man die Stimmenverteilung bei den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung im Januar 1910 zum Vergleich heranzieht: damals wurden abgegeben: für die Unabhängige Sozialdemokratie 2007, Deutschnationalen 30 033, Rechtssozialisten 65 023, Zentrumsparlei 28 000, Deutschdemokraten 41 708 Stimmen. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat also ihre Stimmenzahl um das dreifache erhöht, während die Rechtssozialisten nur den dritten Teil ihrer Stimmen aufbringen konnten. Allerdings ist eine Einbuße an sozialistischen Stimmen überhaupt zu vermerken. Unsere Partei hat besonders unter der Landbevölkerung einen großen Stimmenzuwachs zu verzeichnen. In Danzig selbst haben wir einen Stimmenzuwachs von 75 Proz., während wir unter der Landbevölkerung etwa 400 bis 500 Proz. mehr herausgeholt haben. Die Wahlresultate von 81 Bezirken, die sicherlich noch zu unsern Gunsten ausfallen, stehen noch aus.

Ein neuer deutsch-dänischer Konflikt.

Die Internationale Kommission hat die Absicht, am Dänischen Dänemarks hin demnach in der ersten Zone in Schleswig die Kronenabnahme einzuführen. Die sofortige Durchführung dieser Maßnahme würde für das Wirtschaftsleben in diesem Gebiet äußerst bedenkliche Folgen haben. Die deutsche Regierung hat deshalb dem Präsidenten der Friedenskonferenz ein Note überreicht, in der sie um Aufstörung der Einführung der Kronenabnahme bis nach der endgültigen Festlegung der deutsch-dänischen Grenze ersucht. In der Note wird darau hingewiesen, daß Dänemark nach dem Friedensvertrage wohl das Recht habe,

Sofort nach der Abschlusssitzung die erste Sitzung durch ihre Mitglieder und Verwaltungsbehörden befehlen zu lassen, daß aber die Abspaltung bis zur endgültigen Grenzfestsetzung Deutschlands verbleibe. In den Kreisen der Bevölkerung hat man bereits den Plan erwogen, einen allgemeinen Proteststreik durchzuführen. Nach neueren Nachrichten soll aber die internationale Kommission Entgegenkommen gezeigt haben, so daß die Gefahr des Generalstreiks befristet sei.

Nationalistische Ausschreitungen im westpreussischen Abstammungsgebiet.

Marienwerder, 17. Mai. (W. T. V.) Die Neuen Westpreussischen Mitteilungen melden: Am gestrigen Sonntag fand hier eine politische Kundgebung statt, an der etwa 1000 bis 1700 Polen teilnahmen. Die Polen hatten, da sie sich im Abstammungsgebiet gegenüber den Deutschen weitgehend in der Minorität befinden, Zugang aus Pommern herangezogen. Dieser Umstand hatte die Einwohnerzahl von Marienwerder erheblich erhöht. Im Verlaufe der Kundgebung kam es wiederholt zu schweren Ausschreitungen, bei denen mehrere Personen verwundet wurden. Die Ruhe wurde erst durch das Einschreiten der italienischen Besatzungstruppen wieder hergestellt. Die Untersuchung der ganzen Angelegenheit liegt in den Händen der internationalen Kommission Marienwerder. Die nationalistischen Elemente auf beiden Seiten kommen offenbar nicht von der Auffassung los, daß der Artikel das beste Mittel ist, eine ihnen unangenehme Gesinnung auszutreiben. Rein Wunder, daß ihnen die hohe Obrigkeit diese Praxis jahrhundertlang vorgemacht hat.

Das Ergebnis der Konferenz in Sythe Herabsetzung der deutschen Seeresstärke.

Paris, 17. Mai. (W. T. V.) Nach den Vereinbarungen von Foligno muß die Herabsetzung der deutschen Seeresstärke auf 100 000 Mann bis zum Juni vollzogen sein. Es wird den deutschen Vertretern in Spa nicht gestattet werden, Einwendungen dagegen zu erheben. Wahrscheinlich wird Deutschland erlaubt werden, zwei internationale U-boats im Betrage von 6 Millionen Goldmark zur Bezahlung der Entschädigungen aufzunehmen.

Die Entschädigungssumme.

Paris, 17. Mai. Der Savas-Vertreter in London hat über die Beratungen von Sythe erfahren, die Ministerpräsidenten hätten 120 Milliarden Goldmark als die von Deutschland zu bezahlende Entschädigungssumme festgehalten, doch scheint kein Einverständnis über den Zahlungsmodus erzielt worden zu sein. Lloyd George sei der Ansicht, daß man keinen Unterschied zwischen den Kriegsoffizern machen könne, daß man aber noch weniger bei der Wiedergutmachung zwischen denen unterscheiden könne, die Schäden an ihren Offizieren und denen, die die Verluste erlitten hätten und von Deutschland eine Pension erhalten müßten. Seine Haltung in dieser Richtung sei hauptsächlich von der Haltung der Dominionen bestimmt worden. Man habe infolgedessen eine andere Regelung ins Auge gefaßt, um die sofortigen Bedürfnisse Frankreichs für den Wiederaufbau der Kampfzone zu befriedigen. Um die deutsche Schuld sofort tilgen zu lassen, hätten die französischen Sachverständigen eine große Anzahl vorgeschlagen, die von Deutschland, von den Alliierten wie Frankreich, Italien und Belgien und vielleicht auch von den neutralen Staaten gedeckt werden müßte, und für die die deutsche Entschädigungssumme als Pfand dienen sollte. Für die Einzelheiten sollten die französischen und englischen Sachverständigen einen Entwurf ausarbeiten, der demnächst den alliierten Ministerpräsidenten in Ostende unterbreitet werden sollte. Von der Entschädigungssumme sollte, wie bei den Friedensverhandlungen festgesetzt wurde, Frankreich 55 Prozent und England 25 Prozent erhalten.

Verlagung der internationalen Finanzkonferenz.

Paris, 17. Mai. Nach einer Savasmeldung aus London wird die internationale Finanzkonferenz in Brüssel infolge des Aufschubs der Beratungen von Spa jedenfalls vertagt werden.

Tagung des Völkerbundesrates.

Rom, 17. Mai. Der Völkerbundsrat hielt gestern eine geheime und darauf eine öffentliche Sitzung unter Vorsitz Tittonis. Dieser teilte mit, daß die armenische Frage noch Gegenstand des Meinungsaustausches unter den Regierungen bilde, und daß Luxemburg wünsche, dem Völkerbund beizutreten. Hierauf verlas Tittoni einen Bericht über die Abstimmung in den Kreisen von Genua und Mailand, wegen deren die deutsche Regierung die Intervention des Völkerbundes verlangt. Balfour sprach über die zur Verhinderung der Ausbreitung ansteckender Krankheiten in Mitteleuropa getroffenen Maßnahmen. Der Generalsekretär berichtete über den kommenden internationalen kündigungsgesetzlichen Hof, für welchen die juristische Kommission einen Entwurf ausgearbeitet hat. Zum Schluß berichtete Tittoni noch über die Lage der deutschen, österreichischen, ungarischen und rumänischen Kriegsgefangenen in C. D. Stellen, deren Heimkehr sehr schwierig sei. Der Völkerbundsrat erwartete einen baldigen Bericht Hansens darüber. Alle Berichte wurden einstimmig angenommen.

Der Abzug der Franzosen.

Frankfurt a. M., 17. Mai. Die Räumung von Frankfurt durch die Franzosen und Belgier wurde kurz nach 9 Uhr ohne Zwischenfall beendet. Die Geiseln wurden um 9 Uhr entlassen.

Frankfurt a. M., 17. Mai. Hanau ist von den Franzosen bereits vollständig geräumt. Die Truppen wurden mit Kraftwagen abtransportiert.

Darmstadt, 17. Mai. Die französischen Truppen, die in der Räumung untergebracht waren, haben um 10 Uhr Darmstadt geräumt und sind auf dem Wege nach Griesheim abgezogen. Der Abmarsch erfolgte in aller Stille und blieb, da die Truppen die Stadt nicht berührten, von der Einwohnerschaft unbemerkt.

Frankfurt a. M., 17. Mai. In dem Vorort Nößelheim, der zum alten bezetzten Gebiet zählt, aber früher nicht besetzt worden war, sind vorläufig 400—500 Mann Besatzung verblieben.

Ein bedauerlicher Zwischenfall.

Frankfurt a. M., 17. Mai. Gestern Abend ereignete sich noch ein bedauerlicher Zwischenfall in Frankfurt. Vier betrunkene französische Soldaten überfielen eine Gruppe von Passanten, in der sich auch Frauen befanden. Es kam zu einem Zusammenstoß, wobei eine Frau erschossen wurde. (T. U.)

Die Streikbewegung in Frankreich.

Zusammenstöße in Lyon.

Paris, 17. Mai. (T. U.) Verschiedene Streiks in Frankreich haben ab, nur auf der Eisenbahn hat sich die Streiklage verschärft und ist kritisch geworden. In Lyon haben die Streikenden die Südausgänge der Stadt besetzt, so daß die Arbeitskolonnen nicht zum Bahnhof und den Eisenbahnwerkstätten können. In der Stadt kam es zu Zusammenstößen, bei denen 15 Personen verletzt wurden.

Beratungen über die Streiklage.

Paris, 17. Mai. (Havas.) Der leitende Ausschuh des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (C. G. T.) hat das nationale Bundeskomitee der C. G. T. für Mittwoch zur Beratung über die Streiklage nach Paris berufen.

Ausperrung von Eisenbahnarbeitern.

Paris, 17. Mai. Die Matin meldet, sperrt heute die Eisenbahngesellschaften Orleans, Südbahn und Paris-Lyon-Mittelmeer ihre Reparaturwerkstätten. Davon werden 10 000 Arbeiter betroffen.

Mitt mit der Neubildung des italienischen Kabinetts beauftragt.

Rugano, 18. Mai. (W. T. V.) Die Entscheidung der katholischen Volkspartei zugunsten eines Ministeriums Bonomi ist von diesem als ungenügend erachtet worden, weil diese Partei gleichzeitig es für nicht notwendig erklärte, daß sie sich durch eigene Vertreter am Ministerium beteiligen. Infolgedessen hat Bonomi dem König das Mandat zur Kabinettsbildung zurückgegeben. Nachdem auch de Nava auf das Mandat verzichtete, ersuchte der König Mitti, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen. Mitti hat angenommen.

Deutschland.

Verurteilte Juwelenschieber.

Das Gericht in Trelleborg hat in der Juwelenschmuggelfache des Prinzen zu Wied die Angeklagten Gräfin zu Solms-Wildenfels und Dr. Karl Stockhausen zu je 50 Kronen Geldstrafe wegen ungesetzlicher Wareneinfuhr verurteilt. Die Beschlagnahme der Juwelen wird gegen Zahlung des vollen Aufgebots und die Juwelen werden dem Besitzer ausgeliefert. Die abfögen Schieber haben also ihr Ziel erreicht. Sie haben ihre Juwelen vor den drohenden Einariffen des deutschen Staates in Sicherheit gebracht.

Verpöbelte Studenten. Aus Breslau wird vom 17. Mai gemeldet. Der Schlesischen Zeitung zufolge hat eine mit Knüppeln bewaffnete Menge am Sonntagmorgen schwere Ausschreitungen gegen die ihren Sonntagsummel veranstaltenden farbentragenden Studenten in der Schreibulder Straße begangen; den Studenten wurden Wägen und Bänder abgeriffen und mehrere verletzt. Die Studenten sind schließlich nicht grundlos angegriffen worden. Wir sind keine Freunde der Knüppelkass. Aber wir können und denken, daß die frechen Herausforderungen gegenrevolutionärer Studentenbanden — Breslau war beinahe eine Hochburg der Kapuzisten und die „nationalen“ Studenten natürlich ihre eifrige Garde — schließlich doch zu Zusammenstößen führen müssen.

Verurteilung durch ein französisches Kriegsgericht. Laut amtlicher französischer Bekanntmachung wurde in Wiesbaden der Straßenbahnangehörige Benbor vom Kriegsgericht der Rheinarmee zu acht Monaten Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe verurteilt, weil er während der Fahnenbegrißung „unwürdige Reden über die Fahnen geführt“ hatte.

Über die Abstellung des Offizierkorps teilte der Reichswehrminister Dr. Geßler in einer Rede in Köln mit, daß von den 30 000 Berufssoffizieren, die Deutschland am Ende des Krieges besessen habe, 20 000 bereits entlassen seien. Weitere 8 000 ständen vor ihrer Entlassung.

Kleine Auslandsnachrichten.

Finland und die neuen Friedensverhandlungen. Die Verlingste Tidende meldet aus Helsingfors: Die Regierungskommission, die die ewigen Friedensverhandlungen mit Rußland führen soll, wird ihre Arbeiten am 22. Mai beenden haben. Der Verhandlungsort ist noch nicht bestimmt; es werden Kopenhagen, Danzig und Reval genannt.

Zur Verhaltung der Leiter der russischen Kooperativ-Gesellschaften.

Der russische Volkskommissar Rassin, Führer der russischen Handelsordnung, erklärte Pressenotekern, die Verhastung der Leiter der kooperativen Gesellschaften sei notwendig gewesen, da es erwiesen sei, daß sie mit Zubeentitsch bei seinem Vormarsch gegen Petersburg Verbindungen unterhalten hatten. Auch der Verband, daß die Leiter der kooperativen Gesellschaften mit den Polen geheime Verbindungen unterhielten, sei durch die vorgenommene Hausdurchsuchung in vollem Umfange bestätigt worden.

Die angebliche Bolschewistengefahr in Litauen.

Die litauische Telegraphenagentur bezeichet die Nachrichten der Kopenhagener Verlingste Tidende über eine Bolschewistenpropaganda in Litauen als völlig falsch.

Erhebung Thraziens gegen Griechenland?

Eine Athener Depesche des römischen Blattes „Epoca“ meldet: Ganz Thrazien steht wie ein Mann gegen die Griechen auf. Die Erhebung werde von türkischen Offizieren geleitet. Die bisher durch die Journalisten Athener Presse geäußert worden sind Venizelos Größenwahn an, der Griechenland ins Verderben stürze.

Die revolutionäre Bewegung in Mexiko.

Nach einer Meldung aus El Paso wurden 800 Mann der Leibwache Carranzas gefangen genommen. Carranza leistet noch diesen Widerstand. — Wie Reuter aus Mexiko berichtet, hat der Gouverneur de la Guerra zum 24. Mai den mexikanischen Nationalkongreß einberufen, der den vorläufigen Präsidenten ernennen soll.

Die britische Arbeiterpartei gegen Lloyd George.

Die britische Arbeiterpartei beschloß einen Propaganda-Feldzug gegen Lloyd George zu unternehmen, weil der Premierminister die Vernichtung der Arbeiterpartei als Parole für die Koalition ausgegeben habe. Die Arbeiter sollen beschließen, einen Propaganda-Fonds von zwei Millionen Pfund Sterling zusammen zu bringen.

Die Wahlen in Japan.

Tokio, 18. Mai. Reuter. (Verpöbelt.) Die Regierungspartei haben bei den Wahlen 256 Sitze, die Opposition 104 erhalten. Die ländlichen Bezirke haben durchweg für die Regierung gestimmt.

Zusatzung Deutscher in England. Im englischen Unterhause sagte in Erwiderung einer Anfrage Shortt, daß 940 Gefolge deutscher Staatsangehöriger auf Zulassung nach England eingegangen sind. Bis zum 10. Mai haben 21 Personen die unbefristete und 14 Personen die bedingte Erlaubnis zur Landung erhalten. 69 Gefolge wurden abgelehnt.

Studentenausreitungen in Strassburg. Nach Meldungen aus Strassburg sind Studenten in das Unversitätsgebäude eingedrungen und haben das dort aufgestellte Germania-Standbild zerstört. Den Kopf der Germania legten sie zu Füßen des Nieber-Deutschens nieder, wobei sie die Marxellikale sangen.

Hinrichtungen in Frankreich. In Valenciennes wurden vier Personen hingerichtet, die im vergangenen Jahre vom dortigen Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden waren, weil sie französische Soldaten, die sich im besetzten Gebiete versteckt gehalten hatten, an die Feinde verrieten.

Englische Truppen für Irland. Wie der politische Mitarbeiter der Daily Mail meldet, ist man in den Wandbelgängen des Unterhauses allgemein der Ansicht, daß die Truppen unweidiglich eine große Zahl Militärtruppen nach Irland entsenden wird.

Gewerkschaftsbewegung.

Wachstum der Unternehmerverbände.

Der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Berlin sind in letzter Zeit folgende Verbände beigetreten: Allgemeine Arbeitgebervereinigung für Halle a. S.; Allgemeiner Arbeitgeberverband für Handel, Gewerbe und Industrie der bairischen Stadt Schwabach; Arbeitgeberverband Deutscher Versicherungsunternehmungen, Berlin; Arbeitgeberverband für Handel, Industrie und Gewerbe der Stadt Trier und näheren Umgegend; Arbeitgeberverband Landshut und Umgegend, Landshut i. B.; Verband für Industrie und Handel, Bezirk Wschaffenburg und Umgegend C. T., Wschaffenburg; Zentralkasse der Arbeitgeberverbände der Ribben verarbeitenden Zuckerkaisien, Berlin; Vereinigung Breslauer Arbeitgeberverbände, Breslau; Allgemeiner Arbeitgeberverband von Bonn und Umgegend; Arbeitgeberverband Flatow i. Westpr.; Zentralkasse Leipziger Arbeitgeberverbände, Leipzig; Arbeitgeberverband Gips, Berlin; Arbeitgeberverband der Deutschen feintextilen Industrie, Berlin-Wilmersdorf; Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industriellen, Berlin; Arbeitgeberverband Stäuffert, Leopoldsdahl und Umgegend, Stäuffert; Arbeitgeberverband der Deutschen Prestfelsenindustrie, Berlin.

Mit Befriedigung wird der Zusammenstellung hinzugefügt: Das anhaltende Wachstum der Vereinigung machte den Kauf eines vierstöckigen Hauses in der Burggrafenstraße 11, Berlin, notwendig.

Wie erst dieser Tage wieder der wenigstens vorläufige Ausgang der Tarifbewegung der Bankbeamten bewies, leisten sich die Ungeheuren (und auch die Arbeiter) im Gegensatz zu den Unternehmern immer noch das etwas kostspielige Vergnügen, möglichst getrennt zu marschieren, um sich so von dem Ausbeutertum möglichst gründlich schlagen zu lassen.

Der Buchdrucker-Tarif gekündigt.

Eine am 8. und 9. Mai in Leipzig abgehaltene außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker- (Printalpa-) Vereins, an der auch Vertreter des Vereins Deutscher Zeitungsverleger teilnahmen, hat beschlossen, den jetzigen Buchdrucker-Lohnvertrag in motivierter Form zu kündigen. Der Tarif soll künftig nicht mehr mit einer Berufsgruppe, sondern mit allen Berufsgruppen des graphischen Gewerbes abgeschlossen werden. — Der Buchbinder-Lohnvertrag wurde für die Buchdrucker-Lohnbedingen für unannehmbar erklärt und soll deshalb in motivierter Form abgelehnt werden.

Zur Tarifbewegung im Leipziger Malergewerbe.

Nach monatelangen Verhandlungen ist es endlich gelungen, einen Lohnvertrag für das Baumalergewerbe zum Abschluß zu bringen. Die unglückliche Konjunktur dieses Berufes hätte den Widerstand der Unternehmern gegen jede angemessene Forderung der Gewerkschaft. So mußten sich diese begnügen, einwilligen lediglich ein Lohnabkommen zu vereinbaren, um zu verhindern, daß Verschlechterungen gegenüber dem früheren Tarifverhältnis eintreten. Die einmütige Ablehnung der organisierten Gewerkschaft gegen die Forderung der Unternehmer für einen Tarifvertrag zeigte diesen, daß die Gewerkschaft es vorgezogen, lieber gewaltig ohne einen Tarif zu arbeiten, als einem Tarif die Zustimmung zu geben, der auf Jahre hinaus den Fortschritt lähmt. Die Unternehmern mußten also, wenn sie eine Grundlage für ihre Kalkulationen gewinnen wollten, sich zu Zugeständnissen bequemen, die eine Einigung ermöglichten. In der am 15. Mai tagenden Innungsverammlung wurde mit den Vertretern der Gewerkschaft folgende Vereinbarung getroffen.

Regelung der Arbeitszeit wie im übrigen Baugewerbe, von morgens 7 bis nachmittags 4 1/2 Uhr. Sonntags und Feiertagen um 1 Uhr mittags. Am letzten genannten Tage kommt die Mittagspause in Wegfall. — Erhöhung des Stundenlohn auf 1 M. ab 14. Mai und um weitere 80 Pfg. ab 1. Juni d. J. Für Arbeiten mit wesentlichen Arbeitserfordernissen wurde ein Zuschlag von 30 Pfg. pro Arbeitsstunde festgelegt. Weiter wird die Kilometerzone, über die hinaus Fahrgeldentschädigung zu zahlen ist, von 8 auf 4 Kilometer herabgesetzt. In allen übrigen Punkten gelten die Bestimmungen des schlesischen Landestarifs.

Jedenfalls hat diese Bewegung gezeigt, daß auch unter unglücklichen Verhältnissen es möglich ist, Verbesserungen durchzuführen, wenn der einige Wille der Kollegen sich der Bestrebungen der Organisation nachdruck gibt. Diese Tatsache möge den noch abseits stehenden Berufskollegen eine Mahnung sein.

Nichtinhabung der angeführten Vereinbarungen ersuchen wir sofort in unserem Bureau, Gewerbestraße 1, Zimmer 80, zu melden. Verband der Maler, Lackierer usw. Deutschlands Filiale Leipzig.

Milch, Holzarbeiter.

In dieser Woche findet die Urabstimmung über die Erhöhung der Verbandsbeiträge statt. Sie muß bis 22. Mai erfolgen. An diesem Tage müssen sämtliche Stimmzettel sich in den Händen der Lokalverwaltung befinden. Wir bitten dies zu beachten und ersuchen um allseitige Beteiligung. — Wir machen weiter darauf aufmerksam, daß laut Beschluß der Mitgliederversammlung vom 6. Januar in Leipzig ab 1. Januar und nicht, wie vielfach angenommen wurde, ab 1. Februar Extrabeiträge von 2 M., 1 M. und 50 Pfg. zu leisten sind. Ferner sind Streikbeiträge auf die Dauer von 6 Wochen in Höhe von 10 M., 7.50 M. und 5 M. von Fach- und Hilfsarbeitern, bezw. Arbeiterinnen zu entrichten. Laut Beschluß der Mitgliederversammlung werden Rückstände dieser Art bei Eintreten von Unterstützungsfällen abgezogen. Deutscher Holzarbeiterverband, Zählstelle Leipzig.

Die gewerkschaftlichen Zentralinstanzen.

Eine nächtliche Zusammenstellung bringt die Maler-Zeitung über die Benennung der gewerkschaftlichen Zentralinstanzen, die wegen ihrer Bezeichnung oft verwechselt werden. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund umschließt alle freien Gewerkschaften Deutschlands. Die frühere Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands bildet heute den Bundesvorstand, die frühere Konferenz der Verbandsvorstände heute dessen Bundesaussehuh und der Gewerkschaftskongreß dessen Bundestag. Die Vorsitzenden des Bundesvorstands sind Legten, Grafmann und Cohen; offizielles Organ ist das Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, dessen Redakteur Paul Umbreit. — Der Deutsche Gewerkschaftsverband umfaßt alle mehr oder weniger konfessionell gerichteten Gewerkschaften, also die sogenannten christlichen Gewerkschaften oder Verbände; seine Hauptgruppen sind die Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften und der Gesamtverband Deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften. Der Vorsitzende dieses Bundes ist Stegerwald. — Der Gewerkschaftsverband umfaßt die mehr oder weniger „national“ gerichteten Arbeiter- und Angestelltenverbände; seine Hauptgruppen sind: der Verband der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder), der Allgemeine Eisenbahnerverband, der Verein der Deutschen Kaufleute zu Berlin und der Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Friedrich Pfeiffer in Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeigen-Teil: Friedrich Pfeiffer, Nordost-Lotzstraße.

Druck und Verlag: Poelchau-Verlag, Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Wichtige Bekanntmachungen.

Wichtig für größere Stromabnehmer.
Die Bekanntmachung vom 24. März 1920, die Bedarfsanmeldung derjenigen Stromabnehmer betreffend, die während des 2. Halbjahres 1913 mehr als 6000 kWh oder in einem der folgenden ganzen Jahre 1914-19 mehr als 12000 kWh verbraucht haben, ist nur von einem geringen Teil der in Frage kommenden beachtet worden.
Diejenigen Abnehmer, die, soweit sie hiervon betroffen werden, ihrer Anzeigepflicht bisher noch nicht nachgekommen sind, werden daher nochmals aufgefordert, bis zum 25. Mai ihren Strombedarf nachträglich für das 1. und 2. Halbjahr 1920 unter Verwendung eines Vordruckes, der bei der Direktion des städtischen Elektrizitätswerks, Brühl 180, kostenlos abzugeben wird, anzuzeigen.
Bei erneuter Unterlassung der Meldung ist mit weitgehender Einschränkung der Stromlieferung zu rechnen.
Leipzig, am 17. Mai 1920.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Zwenkau.

Verachtung der städtischen Kirchen.
Angebote sind bis zum 21. Mai, nachmittags 4 Uhr, einzureichen. Die Wahlbedingungen sind gegen Entnahme von 50 Pf. Schreibgebühr im Rathaus - Zimmer 7 - zu entnehmen.
Als Bademeister wird ein zuverlässiger, nüchtern, des Schwimmens kundiger Mann gesucht. Angemessene Bezahlung wird zugesichert. Meldungen werden bis 20. Mai erbeten an den Stadtrat Zwenkau.

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Holzhausen. Dienstag, den 18. Mai 1920, abends 7 Uhr, **Funktor-Sitzung** bei Mühlner, Wilhelmshöhe. Erscheinen aller ist Pflicht. Der Vorstand.

Naunhof. Donnerstag, den 20. Mai, abends 8 Uhr. **Grosse öffentliche Frauenversammlung** im Ratshaus-Saal. Tagesordnung: Vortrag: Die Frauen und die Reichstagswahl. Referentin: Genossin Berta Thiel, Leipzig. Anschließend freie Aussprache. Frauen und Mädchen aus Stadt und Land erscheint in Massen. Der Vorstand.

Tauha u. Umg. Mittwoch, den 19. Mai, abends 7 Uhr. **Mitgliederversammlung** im Goldenen Löwen (Leiner Saal). Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Bauer über: Die Weisheit der Schule. 2. Bericht über den Vereinsausgang. Es ist Pflicht eines jeden Genossen und Genossin, in der Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

NB. Das Wahlkomitee trifft sich am Mittwoch, 17. Uhr, zu einer wichtigen Besprechung im Goldenen Löwen.

Metallarbeiter Verband

Verhältnisstelle: **Wolfsberg**, **Wolfsberg**, **Wolfsberg**. Die Bibliothek hat allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Mittagspause (11-12 Uhr) im Büro entliehen werden. Krankentagen müssen gegen Einreichung des Verbandsbuches innerhalb drei Tagen erfolgen.

Achtung! Anstetungskommission. Mittwoch, den 19. Mai, 7 Uhr, im Bureau Sitzung. Persönliche Einladung erfolgt nicht.

Metallbrüder. Mittwoch, den 19. Mai, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Kolonnade. **Branchenversammlung.** Tagesordnung: Lohnforderungen. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Die Kommission.

Schmiede. Donnerstag, den 20. Mai 1920, abends 7 Uhr **Versammlung** der Innungsbetriebe im Volkshaus, Zimmer Nr. 1. Tagesordnung: Bericht über die Lohnbewegung. Die Branchenleitung.

Gelbmetallarbeiter. Freitag, 21. Mai, abends 7 Uhr, im Volkshaus **Versammlung** aller in der Gelbmetall-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Tagesordnung: 1. Gewerkschaften und Reichstagswahl. 2. Verschiedenes. Persönliches und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht aller. Das Agitationskomitee.

Grüßwünsche Hornhaut, Schwelen u. Wassen befeuchtet das bestempfohlene **Kritrol.** Kautrol ist in allen Apotheken und besseren Drogerien zum Preise von 2.50 Mk. erhältlich. **König-Salomon-Apothek**, Grimaldische Straße 17.

U. S. P. D. Groß-Leipzig.

Donnerstag, den 20. Mai 1920, abends 7 Uhr
Große öffentl. Wählerversammlung
im Pantheon, Dresdner Straße 20.

Tagesordnung:
1. Die Bedeutung der kommenden Wahlen.
Referent: Reichstagskandidat **Lieborasch.**
2. Aussprache. - 3. Verschiedenes.
Wählerinnen und Wähler! Es macht sich unbedingt nötig, in dieser Versammlung zu erscheinen, damit jeder über den Stand der politischen Lage unterrichtet ist.
Der Vertrauensmann.

Männer und Frauen Leipzigs!

Heute Dienstag, den 18. Mai 1920, abends 7 Uhr
Große öffentliche Volksversammlung
im Lehrer-Vereinshaus, Kramerstraße.

Tagesordnung:
1. Die politische Lage und die Reichstagswahl.
Referent: Genosse **B. Dlotzo**, Leipzig.
2. Freie Aussprache.
Kommt in die Versammlung, orientiert euch und wählt am 6. Juni die Kandidaten der U. S. P.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Bureau: **Wolfsberg**, **Wolfsberg**. **Zahlstelle Leipzig**

Bureauaufschluß.
Sonnabend, den 22. Mai, mittags 1 Uhr und Dienstag, den 25. Mai, bleibt unser Bureau ganz geschlossen.

Verband der Deutschen Buchdrucker

Gau Leipzig.
Donnerstag, den 20. Mai, abends 5 Uhr
Gaumitglieder-Versammlung
im Stablflement Albergarten, Zweinaundorfer Straße.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Gaupostkonferenz. Ref.: Kollege **Stilz**. 2. Bericht über die Tarifauschüttung. Ref.: Kollege **Wogenitz**. 3. Geldbewilligung über Extrabehälter zum Volkshausaufbau.
Um pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ersucht
Der Gauvorstand.

Öffentliche Beamten-Versammlung

Mittwoch, den 19. Mai 1920, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Café (Mitte)
aller auf dem Boden der U. S. P. D. stehenden Reichs-, Staats- und Gemeinde-Beamten.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen **Krug** über **Valuta- und Wirtschaftsfragen.** 2. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Hauptvorstand Groß-Leipzig U. S. P. D.

Vereinigung Ansiedlung Ost.

Bezirks-Versammlungen
Mittwoch, den 19. Mai:
1. Bezirk: Volkshaus, Zeiger Straße, Nebenraum links.
5. Bezirk: Mühlenters Feldkäsle, Kleinmühlener, Gießeritz.
Donnerstag, den 20. Mai:
2. Bezirk: Restaurant Goldenes Schiffchen, Volksmarsdorf, Bollhoferstraße.
3. Bezirk: Hildau-Ausgang, Gohlis, Eisbeihstraße.
4. Bezirk: Restaurant Stadt Lützen, Lindenau, Lützen Straße.
Freitag, den 21. Mai:
6. Bezirk: Restaurant Stadt Hof, Stötteritz, Hofer Straße.
Sonnabend, den 22. Mai:
7. Bezirk: Gasthof zur Landesgrenze, Madefwitz.
Die Versammlungen beginnen im 1. bis 6. Bezirk um 7 Uhr, im 7. Bezirk um 8 Uhr.
- Die **Vollversammlung** findet Donnerstag, den 27. Mai, abends 7 Uhr, in den Weltendhallen, Flagwitz, Stöckerische Straße, statt. - Mitgliedsliste ist vorzusenden.
Der Ortsrat.

Nur

ein tadelloses Mittel ist zur Pflege der teureren Schuhe geeignet. Besser als billig ist gut und das ist

Erdal

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinherst.: Werner & Mertz, Mainz

Paunsdorf.

Mittwoch, den 19. Mai, abends 7 Uhr, im Alten Gasthof:
Große öffentl. Frauenversammlung
Tagesordnung:
Die bevorstehenden Wahlen.
Referent: Frau Genossin **Thiel.**
Recht zahlreicher Besuch erwartet
Der Vorstand des Ortsvereins.

Verband der Maler

Filiale Leipzig.
Bureau: Gerberstraße 1, Zimmer 80.
Geschäftszeit: 11-1 Uhr mittags, 7-7 Uhr abends.
Donnerstag, den 20. Mai, abends 7 Uhr:

Grosse Mitgliederversammlung

im Volkshaus (Gesellschaftssaal), Zeiger Straße.
Tagesordnung:
1. Wahl eines zweiten Filialangestellten.
2. Geschäfts- und Kassenbericht vom 2. Quartal.
3. Der neue Lohnzettel.
4. Gewerkschaftliches.
In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig.
Mitgliedsbücher sind vorzubringen.
Die Filialverwaltung.

Heilkräuter

aller Art, z. B. Akazienbaumblüten, Brennnesselblätter, Kamillen, Löwenzahnblätter, Schenkergras (Zinnkraut), Stiefmütterchenweißblaublühend, Taubnesselblüten, Weißdornblüten, Malblumenblätter und andere kauft in gutgetrockn. Zustand täglich 8-3, Sonnabends 8-12 Uhr
Leipzig / W. F. Nauck / Leipzig
Rosentalgasse 4.

Subbodenlackfarbe

in best. Friedensware! Außerst billig, per kg Mk. 19.-
Kühnerl & Co., Leipzig, Emilienstr. 42

Wir geben hiermit bekannt, daß unsre Mitglieder die Preise ihrer Lagerbestände in Schuhwaren, den heutigen Lederpreisen entsprechend, ohne Rücksicht auf die höheren Selbstkostenpreise herabgesetzt haben.

Es ist somit Gelegenheit gegeben, augenblicklich Schuhwaren wieder billiger kaufen zu können.

Verein Leipziger Schuhwarenhändler. & V.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. Mai.

Parteilangelegenheiten.

Städt. Aussch. Donnerstag, den 20. Mai, abends 7 Uhr, in der Bibliothek Vorstands- und Funktionärsitzung.

Betriebsräte, Hand- und Kopfarbeiter Leipziger Sorge dafür, daß sich die Versammlungen Mittwochabend zu Massentendenzungen für den Sozialismus, gegen Kapitalismus und Militarismus gestalten.

In der Verlegenheit.

Das Flugblatt, das unsere Partei am Sonntag in Leipzig verteilte, hat seine Wirkung auf die Rechtssozialisten nicht verfehlt. Der Freien Presse wurmt es besonders, daß darin die Koalition der Rechtssozialisten mit bürgerlichen Parteien angegriffen worden ist.

Dann hat unsere Bemerkung in der Notiz über die teure Marne, daß die Rechtssozialisten mit schuldigen an der Saurewirtschaft seien, die Freie Presse in Erregung versetzt.

„Tod dem Kapitalismus.“

Das ist die Überschrift eines neuen Plakats der Deutschnationalen, in dem sie auf das Aufkommen des Milliardenkapitalismus hinweisen und die Unfähigkeit der Regierung sozialistischen an den Pranger stellen.

Herr Schneider und die Angestellten-Interessen.

Wie das Organ des Zentralverbandes der Angestellten, Der freie Angestellte, in Nummer 9 mitteilt, trat im Ausschuss für Volkswirtschaft der Nationalversammlung der Abg. Schneider (Mitglied des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen und des G. d. A.) dafür ein, daß die für die Angestellten geltende Grenze für die Krankenversicherungspflicht auf höchstens 12 000 Mk. festgesetzt werde.

Eine Erklärung für dieses rätselhafte Verhalten kann man darin finden, daß Herr Schneider zwar die Versicherung für sehr zweckmäßig hält und daher die freiwillige Versicherung den Angestellten nahelegt, den Versicherungszwang aber verwirft, weil er den Unternehmern etwas kostet, die für die versicherungspflichtigen Angestellten ja den entsprechenden Beitragsanteil zu zahlen haben.

Also auch hier zeigt es sich, daß Herr Schneider nur die Interessen der Unternehmer und nicht die der Angestellten vertritt. Deshalb ist ja auch sein Name von den Kapitalisten wieder auf ihre Reichstagswahlliste gesetzt worden.

Die Deutschnationalen und die Beamten.

Die Deutschnationale Volkspartei hat eine „Freie Vereinigung deutschnationaler Beamten“ gegründet, die am Dienstag im Zoologischen Garten ihre erste Versammlung vor einem mächtigen Zuschauerkreis gab.

Dadurch, daß die Beamten der Versammlung fast reiflos ferngeblieben waren, haben sie schon zum Ausbruch gebracht, daß sie nicht daran denken, der Partei der Großgrundbesitzer und Schwerindustriellen ihre Stimmen zu geben.

Zur Auswanderungsfrage.

Der Krieg und die ihm auf den Fersen folgende wirtschaftliche Depression veranlassen viele Volksgenossen, sich nach neuen, besseren Gestirben umzusehen, den deutschen Stand von den Füssen zu schüttern.

Die Einzelstellung könne sich nicht halten; nur zähes, planmäßiges Zusammenarbeiten werde die Schwierigkeiten überwinden.

Die Förderung der Auswanderung liegt nicht im Interesse der Arbeiterbewegung.

Die Förderung der Auswanderung liegt nicht im Interesse der Arbeiterbewegung. Die kapitalistische Wirtschaftsweise hat große Arbeitermengen an einer gemeinsamen Arbeitstätte zusammengeballt und zum Bewusstsein ihrer Klassenlage gebracht.

Sozialistische Proletarierjugend Groß-Leipzig. Morgen, Mittwoch, den 19. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Beteiligung an der Rundgebung für Sowjetrußland.

Bezirksleitung Groß-Leipzig der S. P. J.

sk. Arzgebefähigtenfürsorge. Durch Gesetz vom 6. April 1920 ist bekanntlich die Verpflichtung der Arbeitgeber zur Aufnahme von Schwerbeschädigten neu geordnet worden.

Elternversammlung. In der 16. Volksschule, Lindenau, Ecke Demmering- und Saalfelder Straße, findet Mittwoch, den 19. Mai, abends 6 Uhr, eine Elternversammlung statt.

Elternratswahl. Stöcker, Eltern, deren Kinder die 30. Volksschule besuchen! Auf die Wichtigkeit der morgen (Mittwoch) abends 7 Uhr stattfindenden Elternratswahl sei nochmals hingewiesen.

Ethischer Jugendunterricht. Um dem starken Andrang und den zahlreichen Neuanmeldungen gebührend Rechnung zu tragen, muß der von der Bezirksleitung der proletarischen Freidenker eingerichtete ethische Jugendunterricht in zwei Gruppen geteilt werden.

über bei unsern Mitteln überhaupt leben, wenn nicht ein Freund die Hälfte der Kosten trägt? Und halten Sie Rawdon nicht für groß genug, um für meine Ehre Sorge zu tragen? Ich bin aber Mädchen ausnehmend verbunden," sagte Frau Rawdon.

Der Jahrmakel des Lebens.

Ein Roman ohne Helden von William Wakefield Dakeray. Amantens sanfte Augen waren ebenfalls ängstlich auf das Paar gerichtet gewesen, dessen Benehmen den eifersüchtigen General so erstickt hatte.

beiden Damen kamen jedoch nicht wieder in gute Laune. Amalie war von dem Glanz und Modereiz ihrer weltlichen Nebenbuhlerin überhäufig, und selbst die D'Down war nach Bekkers brillanter Erscheinung schwermütig, und legte den ganzen Abend hindurch kaum ein Wort mehr über Glanz und Modereiz hin.

„Und alle Männer dazu. Waren Sie nicht an jenem Abend eifersüchtig auf den General, und der General auf Sie? Er wollte mich beinahe verführen, weil ich mit Ihnen Ihre törichtes, kleines Weibchen besuchte, als ob ich mich eine Stodnadel um eins von euch kümmerte," entgegnete Frau Crawley, und warf ihren Kopf auf. „Wollen Sie mit mir spielen? Der Dragoner ist bei dem Herzog eingeladen. Es sind wichtige Nachrichten eingelaufen. Es heißt, daß die Franzosen die Grenze überschritten haben; wir werden in Ruhe essen können.“

Kleine Chronik.

Neues Theater (Parlisa). Es könnte verblüffend erscheinen, daß gerade zu Beginn des Jahres, in dem der Weltkrieg ausbrach, mit dem freigeordneten Parisaal in Deutschland ein ungeheurer Rummel veranstaltet wurde.

Sonntag auf den Mittwoch verlegt. Der nächste Vortrag findet also Mittwoch, den 19. Mai, abends 7 Uhr, im Gartensaal des Volkshauses statt. Die Bezirksleitung der proletarischen Freidenker.

Arbeiter, handelt. Wenn ihr nicht haben wollt, daß man eure Kinder in der Schule mit dem sogenannten Religionsunterricht unnützlich quält, so schreibt sofort folgende Erklärung und gebt sie durch eure Kinder an die Schulleiter:

Erklärung.
Ich erkläre hiermit, daß mein Kind (Name des Kindes) nicht am Religionsunterricht teilnehmen soll.
(Unterschrift.)
Auf diese Weise kann jeder Arbeiter den Religionsunterricht in der Schule beseitigen.

Wie ich der Mammon anhängt. Man schreibt uns: Der Tischlermeister H. ist bei dem Fleischermeister D. auf Besuch. Da kommt der Tischlermeister B. dazu und man führt folgendes Gespräch: H.: „Was mache ich nur mit dem vielen Gelde! Ich habe so viel von dem Dreck, daß ich nicht weiß, wozu damit. Schaffe ich es auf die Bank, oder laufe ich mir noch ein Haus?“ D.: „Das beste ist, du kaufst dir noch ein Haus.“ Also manche erhitzen im Gelde — im Dreck. Sie wissen nicht wozu damit. Millionen Menschen können sich nichts kaufen, weil sie nichts haben. Reichstagswähler! Macht dieser kapitalistischen Wirtschaft ein Ende: Wählt die Liste der U.S.P., damit durch die Sozialisierung wirtschaftliche Gleichheit herbeigeführt wird.

Bei einem Brand erstickt. In der Abteilung für Angehörige-Vertretung der Reinigungsanstalt Pura, Leipzig-Gutitzsch, war am Sonntagabendmorgen durch Explosionen von Chemikalien ein Schadenfeuer ausgebrochen. Leider hat der hierbei beschäftigte Tapetiermeister Gustav Gröbe den Erstickungsod gestorben. Die alarmierte Feuerwehr — Nord- und Hauptwache — holte den Verunglückten sofort aus dem Kellerraum heraus und nahm Wiederbelebungsversuche vor, die jedoch erfolglos waren. Der herbeigerufenen Arzt konnte nur den Tod feststellen. Ein geringfügiger Flächenbrand fand am Sonntagabend Götschenstraße 15 statt.

Sängerchor Thonberg-Zisterich. Infolge der angelegten Versammlungen fällt unsere Singstunde am Mittwoch aus. Dafür Donnerstag, 7 Uhr, Generalversammlung bei Kreise. Aktive und passive Mitglieder, pünktlich erscheinen!

Knochen- und Kleinfleischverkauf von 1/8 bis 1 Uhr Kr. 001 bis 870 zum Höchstpreise.

Lebensmittelkalendar für Mittwoch, den 19. Mai.

Für Haushaltungen.

Anmeldung: Fleisch: abzugeben Q 1-10, Q 1-5.
Ausgabe: Geheißte halbe Erbsen: letzter Tag — bestellt mit 9 E und K der Lebensmittelkarte Reihe N (125 Gramm); Zusatzlebensmittelliste 10 für Kriegserkrankte (250 Gramm); Fleischmarkenfleisch (100 Gramm).
Kindererkekost: letzter Tag — bestellt mit 20 K der Lebensmittelkarte Reihe N, S 1 W, S 2 W, S 3 W der neuen Lebensmittelkarten für Kinder bis zu 2 Jahren S 1, S 2, S 3, C 1 (je 500 Gramm).
Stückstoff: letzter Tag — bestellt mit 11 E und K der neuen Lebensmittelkarte Reihe O (1 Packung).
Für Händler.

Kartoffeln: Bezugsscheinnahme durch die Grobverteller.
Warenmarken: Warengabe durch die bekannten 6 Lagerstellen.
Safersknoten: Markenabgabe durch die Kleinbändler an den Obmann.

Pollzeinachrichten.

Wer kennt den Toten! Am Morgen des 14. d. M. ist in einem Gartenwege am Windmühlweg die Leiche eines unbekannten Mannes, der sich dort durch Erhängen erstickt hatte, aufgefunden worden. Der Unbekannte ist etwa 50 Jahre alt, von mittlerer Statur, kräftig, dunkelblond, trägt kleinen Schnurbart und eine Taschenuhr mit einer bandartigen Kette, 2 Fingerhüte, 4 Nadeln, eine Krille mit Wappentier und etwas über 9 M. Geld bei sich. Bekleidet war er mit einem braunen Winterüberzieher, schwarzem Wergewand, schwarzem gestreiftem Hosen, brauner Sportmütze, schwarzem gestreiftem Schals, schwarzer Weste, zwei Paar Strümpfen, 2 Unterhosen und 2 Hemden, von denen das Oberhemd P. P. gezeichnet ist; an den Füßen trägt er rote Sandalen. Der Leichnam kann in der Anatomie, Liebigstraße, besichtigt werden. Wer Angaben über den Toten machen kann, wolle dies schnellstens beim Polizeiamte tun.

Bei einem Brand durch unvorsichtiges Umgehen mit Spiritus verfehlt. Infolge einer an dieser Stelle schon oftmals erwähnten Unvorsichtigkeit beim Gebrauch von Spiritus ist am Sonntagmorgen über die Kamille eines in Leipzig-Gutitzsch wohnenden Straßenbahnfahrers schweres Unheil herabgekommen. Im Keller in der Küchenmanschette zu machen, daß die Glycerin-Spiritus in die Kofferschubladen und schüttete ihn in die Feuerung. Durch die herausschlagenden Manneben fing die Spiritusflasche, die sie noch in der einen Hand hielt, Feuer. An ihrem Schreck warf sie die Flasche von sich, und der brennende Spiritus ergoß sich auf die nebenan am Kaffeeisch sitzenden drei Kinder im Alter von 12, 8 und 5 Jahren, wodurch dieselbe zum Teil sehr schwere Brandwunden erlitten so daß sich ihre Überführung ins Krankenhaus St. Georg nötig machte. Nur durch das schnelle Eingreifen des in der Nähe desblichen Chemannes, der das Feuer ersticken konnte, sind noch schwerere Folgen verhütet worden.

Vermieth wird seit dem 5. v. M. das bis dahin in der Marktstraße in Stellung gewesene 23jährige Dienstmädchen Olga Friedke Familie Keller. Das Mädchen hat an diesem Tage ihre Dienststelle verlassen und ihren Angehörigen brieflich mitgeteilt, daß sie sich das Leben nehmen wolle, was sie vermutlich auch getan hat. Die Verschwendung ist schamlos, dürr und endet mit einer mit

Tatkraft ist Wagner in diesen Kreisen wieder Trumpf geworden, und man muß es gleichsam ganz in der Ordnung finden, daß das bürgerliche Theater — und ein andres gibt es im Grunde noch nicht — nun auch wieder in dem haarsträubenden Kastentum des Parzifal zu schmelzen beginnt. Man muß es, sage ich, gleichsam in der Ordnung finden, daß gerade in dem Klassencharakter dieses Theaters erkennen und gerade deshalb dieses Theater als Ausdruck und Instrument des bürgerlichen Klassenbewußtseins bekämpfen, statt sich, wie es nur allzu oft geschieht, mit Phrasen von der Kulturbedeutung des Theaters schlechthin beneheln zu lassen oder sich gar mit ihm solidarisch zu fühlen.

Zu allem Ueberflus ist ja, trotz der Ueberlegenheit des Kleinbürgerlichen Empfindens mit dem Pessimismus und der Erlösnungsehre Wagner's, viel Heuchelei in der Begeisterung für solche Werke wie den Parzifal. Da kommen einem die früher nach Bayreuth pilgernden Dollarsmillionäre, bei all ihrer banausischen Sensationsgier, geradezu ehrlich und gesund vor, wenn sie den Parzifal reizend oder entzückend oder sehr niedlich nennen, was seinen deutschen Verehrern freilich freilich erköhlen mußte angeichts eines Wertes, an dem sie ihrerseits mit gläubiger Inbrunst hängen. Tatsächlich offenbart sich in dem gemäßigten Journalismus jener amerikanischen Sensationsfreunde ein genuin bürgerlicher Zug gegenüber der Heuchelei, die sich in der angeblichen Begeisterung auch für Asele, Mitleid und dergleichen mehr offenbart. Was soll das Mitleid mit dem verwundeten Schwan bei einer Schlachtfeldern des Krieges, das höchstens in kulinarischen Genüssen, und auch hier nur aus Mangel an Zeitigkeit, Asele über Allerdings hat sich die theoretische Asele immer glänzender mit praktischen Ausschweifungen vertragen.

Weber das stilisierte Mischstüm des Parzifal-Wagner ist wohl kein Wort zu verlieren. Nur hinweisen soll man auf die Tatsache, daß schon Wagners Quelle, jener Volkstram von Echenbach, die Merkmale einer Niedergangsstufe aufweist, nämlich der Zeit, in der das Rittertum bereits im Verfall begriffen war, und

arkinen Straßen verzeichnen roten Wolke, dunklen Ros, hellem Mantel und gelbem Strohhut mit Blumenkürzel und blaum schmalem Bande belledet gewesen.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus der Volkshammer.

Die Volkshammer beschäftigte sich am Montag mit dem Staatsvertrag betreffend eines

Darlehens an die Gesellschaft Volksbauhaus in Leipzig.

Ueber die Einzelheiten des Vertrags, der vom Finanzminister Dr. Reinhold erläutert wurde, haben wir bereits berichtet. Der Reichsparteiler Anders forderte für die Beschleunigung des Baulandes die gleiche Behandlung, ebenso für die Anleihe durch die Märzanruhen Geschädigten. Weil ein dahingehender Antrag der Deutschenationalen abgelehnt worden war, liegen sie durch den Abg. Hofmann erklären, daß sie der Vorlage nicht zustimmen würden. Genosse Lipinski stellte noch einmal fest, daß das Volkshaus durch das Militär in Brand gesteckt worden ist, wie ja auch der Bericht der Feuerwehr zweifellos feststellte. Er forderte Bestrafung der Schuldigen und Haftbarmachung der Zerstörer für allen Schaden.
Diese Ausführungen waren den bürgerlichen Beschülern der Brandstifter schlicht unangenehm. In einem Zwischenruf machte Herr Berger seine Herzen Luft. Genosse Lipinski wies darauf hin, daß der Gesamtschaden, der der Gesellschaft Leipziger Volkshaus zugefügt worden ist, 8—10 Millionen Mark beträgt. Die Versicherungsgesellschaften haben es abgelehnt, für den Schaden aufzukommen, da nachweislich vorsätzliche Brandstiftung vorliege. Mittlerweile sei das Hotel Viktoria in Leipzig als Haus der Gewerkschaften gekauft worden. Das von der Stadt Leipzig gewährte Darlehen von 1 Million Mark zur Beschaffung des Inventars reiche natürlich nicht aus. Zum nächsten Mittwoch soll in Leipzig eine Kundgebung der organisierten Arbeiter zu Opfern für das Leipziger Volkshaus aufgerufen. Die bewilligten 2 Millionen reichten in keiner Weise aus, den Aufbau des Volkshauses auszuführen.

Die Vorlage wurde schließlich gegen sieben Stimmen der Deutschenationalen angenommen, nachdem vorher ein Antrag auf sofortige Schlussberatung ebenfalls angenommen worden war.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die

Änderung des Ubergangsgesetzes.

Darauf soll an Stelle von § 18, Abs. 2, 1—5 des Gesetzes folgende Bestimmung treten: „Das Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft. Bis zum Inkrafttreten der in Artikel 146 Absatz 2 der Reichsverfassung vorgesehenen Bestimmungen der Landesgesetzgebung wird Religionsunterricht nach dem im Verordnungswege getroffenen Bestimmungen erteilt. Jeder Lehrer ist berechtigt, die Erteilung von Religionsunterricht abzusehnen. Soweit die Verhältnisse gestatten, ist für Kinder, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, Unterricht in säkularer Lebenskunde einzurichten.“

Die Debatte war insofern interessant, als eine Reglerungsparlei, nämlich die Rechtssozialisten, durch ihren Genossen Rißke erklären ließen, daß sie die Vorlage ablehnen werden. Dagegen waren sich alle bürgerlichen Vertreter einig geworden, das Gesetz anzunehmen.

Genosse Lipinski erklärte, daß die Unabhängige Sozialdemokratie die Forderung des Gesetzes ablehnen wird, weil das Ubergangsgesetz zu Recht bestand, ehe es eine Reichsverfassung gab. Er wies ganz besonders darauf hin, daß mindestens gefordert werden müsse eine positive Erklärung, wer für seine Kinder Religionsunterricht haben will und wer nicht. So stellt sich sofort heraus, daß die ungeheure Mehrheit der Erziehungsberechtigten dem Religionsunterricht feindselig gegenübersteht. So wurde in Großschlocher nur für rund 250 Kinder Religionsunterricht verlangt, während über 1000 Kinder davon freibleiben sollen. Nach dem vom Kultusministerium verlangten umgekehrten Modus waren in der gleichen Gemeinde nur 100 Kinder vom Religionsunterricht befreit. Die Gleichgültigkeit und Säumnigkeit der Eltern trug daran die Schuld.

Die Vorlage wurde dem Rechtsausschuß überwiesen.

Die Rechtssozialisten hatten einen Antrag wegen

Ernenennung von Zeitungen zu Amtsblättern

eingbracht. Sie verlangten Vorlegung eines Gesetzentwurfs, nach dem die jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die Ernenennung von Zeitungen aufgehoben und die Bezirks- und Kreisamtsblätter aufgehoben werden, Vorschläge für die Ernenennung solcher Amtsblätter zu machen, die auf dem Boden der demokratischen Verfassung stehen. Der Antrag war eine Halbheit. Trotzdem witterten die Deutschenationalen und Volksparteiler Gefahr.

Abg. Blüher meinte, der Antrag bedeutet einen gefährlichen Eingriff in die Freiheit der Presse. Man könne auch den Lezern nicht zumuten, eine ihnen unangenehme Zeitung zu lesen. Daß dies jetzt der Fall ist, daß jetzt hunderte tausende sozialistisch gesinnte Arbeiter und Angestellte gezwungen sind, ihnen gegenüber laufende konteraktive Amtsblätter zu halten, sieht den Kämpfen für Freiheit und Recht nicht an. Das zeigt schon, daß es ihnen lediglich darauf ankommt, ein willkürliches Bestrafungsmittel für reaktionäre Anschauungen in den Amtsblättern zu erhalten. Kräftig sekundiert wurde Blüher durch den Deutschenationalen Schmidt-Freiberg. Wenn es sich um die „heiligtigen Güter der Nation“ handelt, sind sie immer einig, auch die Demokraten werden da beiseite.

Unter Genosse Schnitz wies die Angriffe auf die sozialistische Presse zurück und charakterisierte die Entrüstung der bürgerlichen Vertreter als elende Heuchelei.

daß Wagner, im tieferen Sinne seiner Zeit schaffend, diese Niedergangskennmerkmale in seiner Gestaltung des Stoffes noch verhängte, eben mit jenen schon angedeuteten Zügen seines Erlösungsmysteriums.

Man kann nun hundertmal der Meinung sein, Ethik und Weltanschauung hätten mit dem eigentlichen künstlerischen Problem nichts zu tun, so wird doch jeder bei einem Werke, das sich so anpruchsvoll als geradezu religiöses Festspiel, folglich als Tendenzwerk gibt, einräumen müssen, daß es in erster Linie vom Gesichtspunkt der Weltanschauung zu bewerten ist, um so mehr als ja der Tendenzcharakter hier auch die künstlerische Form bestimmt hat. Und schließlich ist es kein Zufall, daß auch im rein Musikalischen ein ganz offenes Nachlassen der Schöpferkraft Wagners vorliegt. Die verborgene Leitmotivtechnik ist schon rein äußerlich auf die Spitze getrieben, und andererseits beruht die Dürftigkeit gerade der Motive im Parzifal nicht zuletzt darauf, daß sie oft in bedenklicher Weise den Motiven früherer Wagner'scher Werke nachempfunden sind.

Das Werk, das dem Bürgertum so sehr am Herzen liegt, wurde bezeichnenderweise mit viel Sorgfalt neu einstudiert. Schaffers Intentionen gibt, bei aller notgedrungenen Beschränkung, vortreffliche Bühnenbilder. Das Orchester, in der öffentlichen, aber schlecht beschützten Schlußprobe von Spendrel geleitet, arbeitet sehr schön. Die Chöre der Gralsritter könnten etwas edler klingen. Jüngers Parzifal überwand im dritten Akte eine vorher verunnützlich eingetretene Indisposition. Neben Müllers Gurnemanz und besonders Wagners RINGLOTZ ist Overlands Titurel zu erwähnen, während die stärksten Eindrücke, mußfaktisch wie darsstellerisch, Emmy Strengs Kundry und Kapotis Amfortas zu denken waren. Ja, dieser Amfortas bildete in seinen Szenen durchaus den Mittelpunkt des Ganzen.

Rudolf Franz.

Ein Votalkoncert der Lichtischen Männer- und gemischten Chöre findet Mittwoch, am 1/8 Uhr, in der Alberthalle statt. Mitwirkende Ise und Wolfgang Rosenkhal (Gesang), Otto Weinreich (Klavier), Karten 2.50 M., Texte am Eingang.

Nachdem sich der Ministerpräsident Buel in eigener Person noch ins Zeug gelegt hatte, wurde der Antrag zur Weiterberatung an den Rechtsausschuß verwiesen.

Die pflaumenweichen Rechtssozialisten werden sich dort schon gar von den analgatischen Geheimräten überzeugen lassen, daß mit den Amtsblättern eigentlich alles aufs Beste bestellt ist. Die Auslassungen des Herren Buel lassen sehr darauf schließen, daß es die Regierung gar nicht eilig mit einer Aenderung des bestehenden Beschäftigungsgesetzes hat.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch statt; Tagesordnung: Wahl eines außerordentlichen Ausschusses zur Beratung der sächsischen Verfassung; erste Beratung der Befordrungsordnung und des Pensionsgesetzes.

Gesetzentwurf über die Befordrung der Staatsbeamten und die Bezüge der Ruheständler, ihrer Witwen und Hinterbliebenen.

Der Volkshammer ist ein Gesetzentwurf über die Befordrung der Staatsbeamten und Lehrer zugegangen. Er schließt sich grundsätzlich der Regelung der Beamtengehälter im Reich an und sieht gleich dieser 18 Befordrungsklassen vor. Gleichzeitig wird eine Verbesserung der Bezüge der Witwen und Waisen vorgeschlagen, sowie eine Erhöhung des Bar- und Ruhegeldes.

Erhöhung der Bezüge der Arbeiter-Rentenempfänger!

Im Anschluß an das von uns vor einigen Tagen veröffentlichte Schreiben des sächsischen Arbeitsministeriums an die Volkshammer über die bei der Reichsregierung unternommenen Schritte zur Verbesserung der Bezüge der Rentenempfänger wird jetzt noch mitgeteilt, daß die sächsische Regierung sofort, nachdem bekannt geworden war, daß den versorgungsberechtigten Militärpersonen und deren Hinterbliebenen eine einmalige Beihilfe in Höhe des doppelten Monatsbetrags der Versorgungsgebühren aus Reichsmitteln ausbezahlt werden soll, dem Reichsarbeitsministerium nahegelegt habe, auch für die Arbeiter-Rentenempfänger die Gewährung einer einmaligen Teuerungsbeihilfe in Erwägung zu ziehen. Die Entschlüsse der Reichsregierung zu den wiederholten Bemühungen der sächsischen Regierung stehen noch aus, doch sind nach einer Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums wegen Erhöhung der Bezüge der Rentenempfänger geeignete Maßnahmen demnächst zu erwarten.

Der Versuch, durch gütliche Einwirkung auf den Vorstand der Allgemeinen Knappschafspensionskasse eine weitere Verbesserung der Bezüge der Bergknappen zu erzielen, hat erfreulicherweise Erfolg gehabt. Nach Beschluß des Kassenvorstands soll vom 1. April 1920 an eine weitere Steigerung der Knappschafspensionszulagen eintreten, und zwar sollen sie betragen für Invaliden monatlich 35 M. (bisher 25 M.) und für Witwen 20 M. (bisher 15 M.). Gleichzeitig sind auch die Einkommensgrenzen, bis zu welchen die höheren Zulagen gewährt werden, heraufgesetzt von 1500 auf 4000 M. für die Invaliden und von 800 auf 2000 M. jährlich für die Witwen. Von dem Bezug dieser Knappschafspensionszulagen sollen auch diejenigen Invaliden und Witwen nicht ausgeschlossen sein, welche nach den Bestimmungen des 5. Satzungsparagraphs pensioniert worden sind und an sich schon erheblich höhere Knappschafspensions Pensionen als die erhöhten Teuerungszulagen aus Invaliden und Witwen aus dem Bergmannsstand beziehen.

Die Regierung erwartet, daß sich auch die Knappschafspensionskasse des Zwickauer Brückenbergsteingrubenvereins diesem Vorgehen anschließen wird.

Die sächsischen Bodenreformen!

Der Landesverband Sachsen des Bundes deutscher Bodenreformer hielt seine diesjährige Hauptversammlung am Sonntagvormittag in Wagnen ab. Am Vormittag sprach in öffentlicher Versammlung Dr. med. v. Klügeln; Dresden, über: Bodenreform und Volksgesundheit. An den Vortrag knüpfte sich eine rege Aussprache, in der die Stellung der Bodenreformer zur Judenfrage und zur Frei-Land- und Frei-Geld-Bewegung angeschnitten wurde. In dieser Hauptversammlung wurde mitgeteilt, daß sich die Mittelbesetzung seit Kriegsende verdoppelt und in Sachsen im Januar 1920 1500 betragen hat. Zum Vorsitzenden des sächsischen Landesverbandes wurde, an Stelle von Dr. Raumann, Königsbrühl, Dr. med. Hans Käuel in Dresden gewählt.

In einer Resolution wurde das Reichsheimstättengesetz als großer Fortschritt begrüßt.

Aus den Nachbargebieten.

Der Reichspräsident zur Eingabe der altenburgischen Regierung gegen den „Entschüllungs“artikel der Deutschen Zeitung.

Die Eingabe, in der die altenburgische Regierung beim Reichspräsidenten dagegen protestiert, daß Sachsen-Altenburg bezw. die Stadt Altenburg in dem bekannten „Entschüllungs“artikel der Deutschen Zeitung im Zusammenhang mit einem angeblichen Aufstandsplan der Kommunisten Mitteldeutschlands genannt wurden, hat der Reichspräsident in einem Schreiben vom 1. Mai dahin beantwortet, daß weder von ihm selbst, noch von der Reichsregierung der erwähnten Veröffentlichung jenes rechtsstehenden Blattes irgendwelche Bedeutung beigegeben wird. Der Reichspräsident ist überzeugt, daß insbesondere die Lage im Altenburger Lande keinerlei Anlaß zur Beunruhigung gibt. Mit der Feststellung der Quelle des betreffenden Artikels wurde der Staatskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit betraut. Da die Vermutung besteht, daß solche Veröffentlichungen von einer der militärischen Nachrichtenstellen stammen, und der militärische Nachrichtendienst durch den Übergang der vollziehenden Gewalt auf die Zivilbehörden völlig überflüssig geworden ist, haben die maßgebenden Instanzen des Reiches sich entschlossen, den gesamten politischen Nachrichtendienst der Militärformationen, insbesondere die berichtigten „Lageberichte“ ein für allemal zu beseitigen. Die Verbreitung tendenziöser und unruhigender Mitteilungen in der Presse durch die einseitig orientierten und teilweise von reaktionären Mitteln geleiteten Veranfsalter eines Nachrichtenendienstes soll so mit Nachdruck unterbunden werden.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Die teure Marmelade.

Die „Freie Presse“ beklagt, daß auch in Leipzig-Land der Preis für Marmelade auf 6.20 M. das Pfund erhöht wird. Nach dem Motto: „Haltet den Dieb!“ sucht sie den Eindruck zu erwecken, als ob dafür die Bezirksversammlung die Verantwortung trägt, die sich bekanntlich zum großen Leidwesen der Tante „fast nur aus U. S. V.“ zusammensetzt.

Auf das plumpe Wahlschloß fällt kein vernünftiger Mensch hinein. Die Wähler wissen ganz genau, daß die von den Rechtssozialisten gebilligte und unterstützte grundlegende Wirtschaftspolitik die Schuld trägt. Die Bezirksversammlung hat keine Macht, daran etwas zu ändern. Bei der Reichstagswahl wird das Volk den Rechtssozialisten die Quittung für ihr Verhalten ausstellen. Das weiß die Tante, deshalb die durchsichtige Mache.

Engelsdorf, In dem Gemeinderatsbericht in Nr. 8 muß es heißen: Ein Fechtbetrag von 15 000 M.

Wahl zum Gemeinderat. Eine am 8. März stattfindende Neuwahl hat die ordnungsgemäße Führung der Wähler und Bekände ergeben. Eine Ausschreibung von Debiten aus dem Gemeindebezirk soll auf Wunsch der Nachbargemeinde nicht erfolgen, da man auf ein weiteres engeres Zusammenwirken der beiden Gemeinden hofft. — Der frühere Lehrer Herr O. Kraus, Debit, ist zum Friedensrichter für den Bezirk Debit-Gauleh gewählt worden. — Genosse Otto Wacker hat sein Amt als Gemeindevertreter niedergelegt, dies wird geschmiedet. Als Nachfolger tritt die Genossin Daxler unter gleichzeitiger Übernahme der mitterleibigen Ausschüsse ein. — Dem Abbruch des Kaufvertrags mit den Reichsen Erben (Grundstück in der Weberstraße) wird zugestimmt. — Die Gemeinde verzichtet auf den Anteil der ihr zustehenden Beträge aus der Umsatzsteuer auf die Zeit vom 1. Aug. 1918 bis 31. März 1919 zugunsten des Bezirksverbandes. Die hierdurch freiwerdenden Beträge sollen sozialen Hilfszwecken zugute kommen. — Dem Verleih für Einmalzahlungen Beispiel-Band wird mit einem Jahresbeitrag von 100 Mk. beigesteuert. Der vom Diakonissenhaus geforderten Erhöhung des Beitrages für die Gemeindefürsorge wird zugestimmt, den Beamten, Anstellten und Arbeitern werden ab Mai 50 Prozent einmaliger Vorschuss auf die neue Beförderungsordnung zugesichert. — Der Einrichtung eines pharmazeutischen Laboratoriums in einem Grundstück der Koburger Straße wird mit Vorbehalt zugestimmt, ebenso der Aufstellung einer Fußwerkbank an der sogenannten Gauscher Spitze. — Der Siegenverein erlucht um Ueberlassung eines Grundstücks zur Unterbringung seiner Räume und einer Wohnung für den Volkshalle. Da der Gemeinderat schon Schwierigkeiten mit der Unterbringung von Menschen hat, kann er sich nicht noch für die Beschaffung von Unterkünften für allerlei Viehzug befassen. — Die Außenbahngesellschaft wünscht an der Endstation einen Sandkasten aufzustellen. Da dies verkehrshindernd wirkt, soll der Gesellschaft empfohlen werden, auf einem benachbarten Grundstück eine Wartschale zu errichten. — Eine nichtöffentliche Sitzung folgte, in der es wieder einmal heiß berging.

Wahl zum Gemeinderat. Der Gemeindevorstand teilt mit, daß die Kranke für Eubra und Wobdors nunmehr angeheilt ist. Wer im Krankheitsfall der Schwester bedarf, muß sich auf dem Gemeindevorstand melden. Der Gaspreis beträgt nun nicht auf pro Kubikmeter 1,10 Mk. Die Amtshauptmannschaft hat der Gemeinde 5 Plätze im Ferienhause für Kinder ausgewiesen. Der Verpflegungssatz für die Besantalt Dölen beträgt jetzt 2,50 Mk. pro Tag. Auf Grund einer Verordnung der Amtshauptmannschaft muß ein Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung aufgestellt werden, damit die beschlossene Erhebung eines Viertels der für 1919 erhobenen Steuern für das 1. Vierteljahr 1920 erfolgen kann. Ein Nachtrag wurde in erster Lesung einstimmig angenommen. Unter Hinweis auf § 27 des Kirchensteuergesetzes teilt die Amtshauptmannschaft mit, daß die Gemeinde verpflichtet ist, die Kirchensteuer mit einzubehalten. Es steht der Gemeinde aber das Recht zu, die Kirchensteuer mit in Anrechnung zu bringen. Es erregte bei vielen Vertretern Verwunderung, daß die Kirche jetzt auf einmal Kirchensteuer verlangt, während es doch die langen Jahre vorher ohne solche Angaben ist. Die Kirchensteuer betragen für das 1. Vierteljahr 2000 Mark, das ist aufs Jahr gerechnet 8000 Mark. Mögen alle die Genossen, die noch Anhänger der Kirche sind, hieraus die Konsequenz ziehen und der Kirche mit ihrem Austritt antworten. Dem Frauentein Wobdors wurde derselbe Betrag wie im Vorjahre zugewiesen. — Bestehentilch der Kohlenversorgung wird es in diesem Jahre noch viel schlechter als im Vorjahre werden. Es muß deshalb schon jetzt verlegt werden, im Landbesitz Kohlen heranzuführen. Es muß die Einwohnerzahl vermindern, mehr Braunkohle als Hausbrand zu verwenden.

leuren größere Summen überwiesen. Falsch wurden dann Waren gefaßt, die später auf die eingehenden Summen aufgerechnet wurden. Der Reichskommissar für Ost und West hat für dieses Jahr eine gleichartige Maßnahme angeordnet. — In einem Geschäftsbriefe hat A. die Anweisung gegeben, Fische nicht auf Papier zu bringen, d. h. auf dem Frachtbriefe wegzulassen. A. gab dies zu. Eine Köhler Firma habe die gesamte Lieferung für Deutschland in Dänen und dabei 40 000 bis 50 000 Mk. am Waggon verdient. Die Ernährungslage habe erforderte, das Monopol der Firma zu durchbrechen. Die Beschaffung der Einfuhrschiffe habe dagegen zurücktreten müssen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte, das Strafverfahren auf Forderungen anzudeuten, die im September 1919 erfolgten; die Verteidigung widersprach. Nach längerer Beratung beschloß das Gericht, den Antrag abzulehnen. — Es wurde aus den Geschäftsbüchern und Frachtbriefen, durch Fragen und Sachverständige der Wert der einzelnen Sendungen ermittelt und die Verhandlung auf Dienstag verlagert.

Briefkasten der Redaktion.
 T. 21. Das ist eine reine private Angelegenheit. Wenn die Burgen nicht zahlen, müssen Sie sie an die Luft setzen.
 H. M., Föhrenweg. Wenden Sie sich an das Justizkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung Gefangenensfürsorge, Berlin, Schornhorststraße 35.
 F. C., Volk. 1. a) Ist verläßt. b) Ob Beschimpfungen allein ausreichen, ist zweifelhaft, darüber entscheidet das Gericht. 2. Nein, da der Mann noch zur Bestrafung des Unterhalts verpflichtet ist. — 2 Mk. für die Parteilasse.
 H. R. W. W. Dafür gibt es keinen sachlich festgestellten Sach. Der Mann hat für den gesamten handbesonderen Unterhalt aufkommen. Ob eine Scheidungsanfrage wegen des annehmenden Grundes allein Erfolg hat, ist zweifelhaft.
 A. D., Ort 22. Ob dieser Preis angemessen ist, wissen wir nicht; das kann nur ein Sachverständiger entscheiden.

Lichtspiele & Silberhall
 Krystall-Palast
 Großes Sensations-Doppel-Programm
Lepain, IV. Teil
 Der König der Diebe und Ausbrecher
 Sensations-Detektivdrama in 5 spannenden Akten
Sensation über Sensation!
Der seltsame Gast
 Ein Detektiv-Schlagert in 4 Akten
 Anfang Sonntags 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr.

Lichtschauspielhaus
 Eisenbahnstr. 74
 Eisenbahnstr. 74
 Nur 3 Tage! Vom 18. bis 20. Mai: Nur 3 Tage!
 Das größte Sitten-Monumental-Filmwerk
Maria Evere
 Die Geschichte einer Komödiantin
 Außerordentlich packende Kultur- und Sitten-Tragödie in 8 Akten
 Hierzu:
Der Klub der Weiberleide
 Tolles Lustspiel in 3 Akten
 Täglich Einlaß 5 Uhr
 Anfang 7/8 Uhr

Paul Baumann
Fischwaren-Groß-Handlung
 Tel. 14122
 Windmühlenstr. 42
Große Preisstürze in Salz-Heringen
 sind nicht gleich zu erwarten.
 Aus frisch eingetroffenen Ladungen bietet für diese Woche an
Salz- u. Voll-Seringe
 Prima gesunde haltbare Ware!
 Sorte III 1 Pfund 3.-Mk. | Sorte II 1 Pfund 3.50 Mk. | Sorte I 1 Pfund 4.-Mk.
 10 " 28.- " | 10 " 32.- " | 10 " 37.- "
 Gefäße dazu werden gratis geliefert.
 Bis Pfingstmontag erhält jeder Käufer auf 2 Pfund Seringe, gleich welcher Sorte, 3 Pfund Mähren oder 3 Pfund Kottkohl gratis!
 1 Pfund pr. Pfämen-Melange (Kombott) gratis bei Einkauf von 3 Pfund Seringen.
 Seringemilch u. Seringessagen billig!
 Verkauf u. Versand von Salz-Seringen in Originaltonnen zu billigen Preisen.
 Seefische, Räucherwaren, Fisch-Marinaden je nach Zufuhr.
 Ein Kisten feine Krone-Sardinen, ca. 8 Pfund-Dose nur 30 Mark.

Lichtspiele
Zschocher
 Telefon 40966 Inh.: M. Raschke
 Dienstag bis Donnerstag Doppelprogramm:
Albert Bassermann
 „Die Stimme“ — Schauspiel in 6 Akten.
„Die Erbschleicher“
 Der neueste amerik. Sensationsschlagert.
 Nach dem bekannten Roman von Eugen Sue „Der ewige Jude“ in 6 Akten. Großer Zirkusbrand, entflohenen Tiger in einem Pferdestall, ein Pferd erwürgt. Aufnahmen, wie sie deutsche Kinetographen noch nicht zu zeigen vermochte.
 Erstklassige Kunstformulsk.
 Einlaß 5 Uhr.

Weisse Wand
 Nur 3 Tage
Wahnsinn
 Ein Sensationsdrama — 5 Akte — mit
Konrad Veldt :: Reinhold Schünzel
≡ Irrlicht ≡
 Eine Tragödie in 5 Akten mit
Eva May

Gegen Katarrrhe
EMS Emser Wasser
 „EMW“ ist ein in der Natur vorkommendes Mineralwasser, das in der Gegend von Emser in der Provinz Westfalen in einem 400' tiefen Brunnen vorkommt. Es ist ein solches „EMW“ in der Gegend von Emser in der Provinz Westfalen in einem 400' tiefen Brunnen vorkommt.
Hautjucken
 (Krätze) wirksam. Spezialmittel, 1/2 l., Doppelpackungen (2 l.) Mk. 11.—
 König-Salomo-Apoth., Leipzig.

Film-Palast
 L.-Lindenau, Gundorfer Strasse 31.
 Ab heute bis Donnerstag
 Nur 3 Tage! Großer Doppelprogramm.
Der Vampyr von St. Louis
 5 Akte, mit Nio Carlor. 5 Akte.
 Aus den Geheimnissen eines Frauen-Klosters
 Drama in 5 Akten von versch. Tragik.
Der Dolch im Strumpfband
 Tolles Lustspiel in 3 Akten.

Zeitungen und Altpapier Lumpen Strumpfwolle kauft Weiglers Rohprodukten-Lager Berliner Straße 30

Licht-UT-Spiel
 Täglich Täglich
 Nur noch 3 Tage!
Bruno Kastner
 in
Eines Mannes Wort.
 Schauspiel in 4 Akten.
Charlotte Böcklin
 in dem dramatischen Film:
Die Nacht der ersten Liebe.
 Ein tragisches Spiel von erschütternder Gewalt in 4 Akten.

In 1 Stunde vertilgen Garantie Köstl. Füll-
Läufe auch Fische samt Brut (Nissen), bei Mägen und Tieren mit „Eckoldin“ für Hundchen unbed. Vert. Schletterstr. 12, G., Neuhäuser Markt Str. 67, 21., Josephstr. 17, 1/2

Reiner RAUCHTABAK billig!
 Rheinland, ca. 100 Gr. 8.50, Ueberl., Witterfadel, ca. 50 Gr. 4.—, Ueberl., Hamb. Wapen, ca. 50 Gr. 3.50, Holl. Tabak, Rippentafel, ca. 125 Gr. 6.—, Ueberl., Nebo, Chester, Lord Nelson, 10 St. 6.50, Schmelzerstampf, 10 St. 7.—, reiner Ueberl., feinstg. St. 1.—, 1.20, ar. Ausw. Ells. Müller, Zeltzer Str. 39.

Gut und preiswert
 Farbige Stiefel und Halbschuhe für Damen und Herren
PAUL BÖHME
 Petersstraße 4
 Hupfeld-Haus

Besonders billiges Pfingstangebot!
 Rollfilme .. von 175 .
 Paletots .. " 125 .
 Taktette .. " 85 .
 Roll-Fäden .. " 48 .
 Bolle-Büsten .. " 28 .
Impress. Ren.-Mantel
 in Seide u. and. Stoffen sehr preiswert.
Spezialhaus
Ludwig Freund
 Eisenbahnstraße 46.

Ausnahmefolge! Seefisch billig
 Von Mittwoch bis Pfingstmontag:
 Schellfisch .. 2.90 .
 Kabeljau .. 2.70 .
 Seehecht .. 2.50 .
Geräucherter Borsdors
 in Seiden 8-12 Pf. 28 .
 in 1 Pfund-Süden 30 .
Curt Kaulmann
 Eisenbahnstraße 5.

Tapeten
 No. 1.-, 1.50, 2.- an
Rich. Körner
 Ellisonstr. 54, Ede-Römerstr.

SCHOKOLADE
Kakao
 prima holl. gar. rein Pfd. 24.—
Roh-Kaffee
 prima Campinas Pfd. 27.—
Nordam. Bohnen
 feinste Ware Pfd. 4.50
Nährmittelfabrikation HEROS
 Tel. 4560 Hugo Kippermann Tel. 4560
 Leipzig, Kuchengartenstrasse 16
 Großhandelsurlaubnis 8. 8. 10 (Kein Laden)

Achtung! Hausfrauen!
 Kaulo
Lumpen
 Zeitungen :: Bücher
 Alte Strumpfwolle
Buchaster
 Nordstraße 3 :: Tel. 18700
Strohstoffige Firnis- und Lackfarben
 empfiehlt
L. O. Kaspar Nachf.
 Flagwitz, Ede Föhrenstraße
 und Weissenfeller Straße.

Sierdurch die traurige Nachricht, daß unsre liebe Mutter, Groß- und Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante Frau
Wilhelmine Posselt geb. Faulmann
 im 65. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
 In tiefem Weh
 L. O. Kaspar Nachf., Antonienstraße 17
 Die trauernden Kinder nebst Hinterbliebenen.
 Beerd. Donnerst., 20. 5., 1/2 Uhr, vom Trauerhause.

Am 18. Mai verschied nach langem schwerem Leiden, im 88. Lebensjahre, mein lieber Mann, der treuerorgende Vater seiner drei Kinder, der Farmer
Gustav Artur Schwarze.
 L. O. Stötterich, 18. Mai 1920
 Marie verw. Schwarze im Namen der Hinterbliebenen.
 Die Einäscherung findet am 19. 5., 1/2-12 Uhr, auf dem Südfriedhof statt. Blumenpenden dankend abgelehnt.

Nach kurzem schwerem Leiden verschied am 18. Mai, morgens, im 62. Lebensjahre, unsre innigstgeliebte herzergute und treuerorgende Mutter, Schwieger- und Großmutter, Frau
Emma Liberta verw. Stier
 geb. Ganzenberg.
 L. O. Stötterich, Baptemilchstraße 21
 In größtem Weh
Die Hinterbliebenen.
 Beerdigung Mittwoch, nachmittags 1/3 Uhr, von der Kapelle des Johannis-Friedhofs aus.

U.S.P.D. Groß-Leipzig

Große öffentliche Wähler-Versammlungen:

Dienstag, den 18. Mai, abends 7/8 Uhr

In **L.=Bohlis** im Schillerschlößchen Referent: Genosse **G. Schrörs.**
 In **Böhlitz-Ehrenberg** i. d. Großen Eiche Ref.: Stv. Gen. **Hug. Böhle.**
 Mittwoch, den 19. Mai, abends 7/8 Uhr

In **Baalsdorf** im Gasthof Referent: Stadtrat **Wlfrd. Diege.**
 In **Beucha** in der Reichskrone Referent: Genosse **Heinrich Flehner.**
 In **Enthra** im Reichsadler Referent: Volkskammermitglied Genosse **Artur Dennhardt.**
 In **Seebenisch** im Gasthof Referent: Genosse **Artur Dieberasch.**
 In **Thekla** im Gasthof Referent: Genosse **G. Schrörs.**
 In **Hänichen** im Gasthof Referent: Genosse **Wlfrd. Arehschmar.**
 Donnerstag, den 20. Mai, abends 7/8 Uhr

In **L.=Schönefeld** im Gesellschaftshaus Ref.: Reichstagsk. Gen. **Fr. Seger.**
 In **L.=Dölitz** im Gasthof zum Reiter Ref.: Stadlv. Gen. **August Böhle.**
 In **L.=Stünz** im Gasthof Referent: Reichstagskandidat Genosse **Johann Schöning.**
 In **Vindennaundorf** im Gasthof für die Orte **Vindennaundorf, Rückmarsdorf, Franckenheim.**
 Referent: Genosse **M. Dpinshi.**

Thema in allen Versammlungen:

1. Die Bedeutung der kommenden Reichstagswahl.
 2. Freie Aussprache.
- Sehrreichen Besuch erwartet Der Hauptvorstand.

Betriebsräte und -obmänner der Stein- und Bauindustrie



Betriebsräte und -obleute der Holzindustrie

Hauptgruppe III

Hauptgruppe IX

Untergruppen: Ziegelei, Ton- und Steinfabrikation, Kalkstein-, Zementwaren-, Gips-, Marmor- und Glasfabrikation, Asphalteure, Wohn-, Hoch- und Tiefbau, Straßen-, Chaussee- und Wasserbau

Untergruppen: Bautischlerei, Möbelfabrikation, Glaserei, Musikinstrumentenfabrikation, Stock- und Schirmfabrikation, Perlmutter- und Zelluloidverarbeitung, Kistenbau, Vergoldetrieb, Korbwaren, Bürsten- und Pinselfabrikation

Donnerstag, den 20. Mai 1920, nachmittags 5 Uhr

Donnerstag, den 20. Mai 1920, abends 7/8 Uhr

Versammlung

im Etablissement **Drei Mohren**, L.-Anger

Tagesordnung:

1. Wahl eines Gruppenrates.
2. Verschiedenes.

Erscheinen aller Betriebsräte und Betriebsobmänner obenbezeichneter Gruppen ist Pflicht!

Gewerkschaftskartell Leipzig
Abt. Betriebsräte

Geschäfts-Eröffnung.

Mit heutigem Tage eröffne ich Markt 9 mein

Spezialgeschäft in Aluminium u. Emaillewaren

Erlaube mir hierdurch das geehrte Publikum darauf hinzuweisen, meine reichhaltige Ausstellung zu besichtigen. Hochachtungsvoll

Willy Göpfert.

Hand- u. Kopfarbeiter Leipzigs!

Mittwoch, den 19. Mai, abends 7 Uhr

12 Massen-Versammlungen

mit der Tagesordnung:

Volkshausbrand und Reichstagswahlen.

Lokale:

Friedensfels, Windmühlenweg
 Volkshaus, Zeiger Straße
 Albertgarten, Anger
 Kaplers Festhale, Volkmarisdorf
 Neustädter Gasthof, Neustadt
 Deutsches Haus, Lindenau

Felsenkeller, Blagwitz
 Terrasse, Kleinzschocher
 Goldner Anker, Möckern
 Neuer Gasthof, Bohlis
 Eiskeller-Park, Connewitz
 Löwenpark, Stötteritz

Sorgt für Massenbesuch!

Gewerkschaftskartell Leipzig. Erich Schilling.

